

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM
ermäßigtes Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73

Nummer 19/16. Jahrgang

21. September 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Vertreibung als NATO-Strategie

NATO-Bomben als Hilfe zur Serben-Vertreibung

Wie zu erwarten war, haben die Luftangriffe der Nato auf bosnisch-serbische Ziele zu einer Ausweitung des Krieges geführt. Was schon seit Jahren verschiedenste kenntnisreiche Beobachter des Balkankrieges vorhersagten, ist nun eingetroffen. Truppenverbände des Kriegsherrn Izetbegovic haben sich mit regulären Verbänden der kroatischen Armee zusammengeschlossen und treiben die serbische Bevölkerung Bosniens vor sich her, nachdem ihnen deutsche und andere Tornados den Weg freigeschossen haben.

Offiziell zeigen sich die NATO-Stäbe „überrascht“ und „besorgt“ über die Aktion der Bodentruppen. Tatsächlich zeigt aber die rasche Konsequenz, mit der die Truppen vorrücken, das hier Vorarbeit geleistet wurde.

Die Hauptaufgabe der deutschen Kampfflugzeuge war die Aufklärung über die Position der serbischen Militär- und Infrastruktur. Diese gesammelten Daten wurden nun den Bodentruppen zur Verfügung gestellt. Zusätzlich kam auch die von der US-Armee 1981 entwickelte Airland Battle Strategie zum Einsatz. Aus der Einsicht heraus, daß durch Luftoperationen ein Krieg nicht zu gewinnen ist, wurde eine Doppelstrategie entwickelt. Durch Luftangriffe und strategische Waffen soll die Infrastruktur des Gegners im Hinterland zerschlagen werden, so daß Kommunikation und Nachschub an die Front zerstört werden. Die Bodentruppen stoßen dann vor und treffen auf

einen Feind, der nicht mehr weiß, was im Hauptquartier geschieht und keine Aussicht mehr auf Nachschub hat. Die Folgen sind neben dem schnellen militärischen Erfolg des Angreifers Desorganisation und Konfusion bei den Angegriffenen.

Genau dies passiert nun in Bosnien. Fast ohne Widerstand stoßen die kroatischen Truppen und die Verbände Izetbegovics in Gebiete vor, die bis dahin als militärisch sicher für die bosnischen Serben galten. Und getreu den Beratern aus der US-Armee wird sich die Koalition aus Kroatien und Izetbegovic auch an die Zentralthese der Airland Battle Konzeption halten, die folgendermaßen formuliert wurde: „B. Das Konzept betont eine allzu häufig ignorierte oder falsch verstandene Lehre der Geschichte: wenn Regierungen Streitkräfte zur Verfolgung politischer Ziele einsetzen, müssen die Streitkräfte etwas gewinnen — sonst entsteht keine Grundlage, auf der Regierungen verhandeln können, um politisch zu gewinnen. Der Zweck militärischer Operationen kann deshalb nicht einfach im Verhindern einer Niederlage bestehen, sondern muß vielmehr darin liegen, zu gewinnen.“; Gewinnen will die antijugoslawische Koalition zweierlei:

1. „Serbien muß in die Knie gezwungen werden“, wie es Außenminister Kinkel betont hat. „Serbien muß sterben“, hieß es schon im 1. Weltkrieg von deutsch-österreichischer Seite her. Mit dem seit drei Jahren laufenden Embargo gegen die Bundesrepublik Jugosla-



7000 Menschen beteiligten sich am 7. September in Neumünster an einem Trauermarsch für den wenige Tage zuvor von türkischen Faschisten erschossenen Kurden Seyfettin Kalan. Die Demonstranten forderten staatliche Schritte gegen die „Grauen Wölfe“ und ein Ende deutscher Waffenlieferungen an das türkische Regime. — (rül)

wien und den nun laufenden militärischen Operationen ist die Bundesregierung diesem Ziel schon ein gewaltiges Stück näher gerückt. Die Folge dieser Operationen wird ein gewaltiger Flüchtlingsstrom sein, der sich letztlich aus Bosnien in die Bundesrepublik Jugoslawien bewegen und dort die miserable ökonomische Situation noch weiter verschärfen wird. Auf Jahre hin wird dieses Land vom Ausland abhängig werden.

2. Als regionale Balkanvormacht wird die bosnisch-kroatische Zusammenarbeit gefördert, werden Staatsgrenzen dieses Gebildes bis an die Grenzen der jetzigen Bundesrepublik Jugoslawien vorgeschoben.

Konsequenz dieser Strategie: eine nationalistische serbische Irredenta wird mit allen Mitteln versuchen, das verlorene Gebiet wiederzuerlangen. Die Quelle neuer Kriege bleibt am Sprudeln.

Was haben die imperialistischen Staaten davon? Es zeigte sich in den vergan-

genen Jahren, daß der Begriff des Stellvertreterkrieges für den Balkan vortrefflich paßt. Der Bundesregierung ist es durch ihre Aktivitäten gelungen, auf internationaler Ebene ein gewichtiges Wort mitzureden. In der Auseinandersetzung mit den anderen imperialistischen Staaten ist sie über den Balkankonflikt an führende Position gerückt. Neben den innerbalkanischen Auseinandersetzungen ist dies ein wichtiger Punkt für die Aufrechterhaltung dieses Konfliktes.

Es ist daher immer nützlich, wenn der Versuch gestartet wird, sich dieser Automatik zu entziehen. So hat sich die Konferenz der Schwarzmeerregion (Bulgarien, Griechenland, Rumänien, Moldau und die Ukraine) für die Aufhebung der Sanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ausgesprochen. — (hav)

Quelle: 1) US Department of the Army, The Airland Battle and Corps, TRADOC Pamphlet 525-5, Fort Monroe, 25. March 1981.

Die deutschen Konzerne drängen nach Osten

Kapitalanlagen in den „Reformländern“ des früheren RGW in drei Jahren versiebenfacht

Die deutschen Konzerne haben in den vergangenen Jahren ihre Kapitalanlagen in den sogenannten „Reformländern“, also den Ländern des früheren RGW, mit hohem Tempo in die Höhe getrieben. Das ist einer der in der öffentlichen Diskussion fast gar nicht mehr genannten Gründe für die in der BRD anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. Die durch den Anschluß an den imperialistischen Weltmarkt binnen weniger Jahre stark verarmten Gebiete, die Zerstörung der alten Industrien und das damit entstandene extreme Überangebot von billigster Arbeitskraft in diesen Staaten locken die deutschen Konzerne und stacheln sie zu einem extrem raschen Aufbau von Auslandswerken, Montagestätten und anderen Niederlassungen in diesen Ländern auf.

Bereits im Mai dieses Jahres hatte die Deutsche Bundesbank ihre neueste Statistik der Kapitalexporte deutscher Unternehmen vorgelegt. Danach stieg in den Jahren 1990 bis 1993:

— die Zahl der in den Staaten des früheren RGW mit Kapitalanlagen vertretenen deutschen Unternehmen von 181 auf 951, d.h. fast mehr als das Fünffache;

— der Umfang der Kapitalanlagen dieser Firmen von 762 Millionen DM auf 5,426 Mrd. DM, d.h. auf mehr als das Siebenfache;

— die Zahl der in diesen Firmen ausgebeuteten Lohnabhängigen von 36 000 auf 154 000, d.h. auf mehr als das Vierfache.

Zum Vergleich: Sämtliche Kapitalanlagen deutscher Konzerne weltweit

stiegen im gleichen Zeitraum wertmäßig um 40 % auf 306 Mrd. DM, die Zahl der insgesamt in Auslandswerken deutscher Konzerne ausgebeuteten Lohnabhängigen stieg um etwa 176 000 auf 2,513 Millionen. Fast der gesamte Anstieg der Auslandsbeschäftigung entfiel also auf die früheren RGW-Länder.

Nach Branchen aufgeschlüsselt lagen Ende 1993 in diesen Staaten die Automobilkonzerne mit Kapitalanlagen von fast 1,5 Mrd. DM vorn, gefolgt von den Handelskonzernen, dem Maschinenbau, der Elektrotechnik und der Chemischen Industrie.

Nach Ländern gegliedert erfolgten die meisten Kapitalanlagen bis zu diesem Zeitpunkt in Ungarn, gefolgt von der Tschechischen Republik, Polen und Rußland.

Angaben für 1994 liegen noch nicht vor, doch dürfte sich der in diesen Zahlen erkennbare Trend eher noch verstärkt haben.

Der Einbruch in diese neuen „Niedriglohngelände“ verschafft den Konzernen enorme Druckmittel gegen ihre hiesigen Belegschaften, die sie bedenkenlos einsetzen, um auch in der BRD die Arbeitszeiten in die Nacht und ins Wochenende zu drücken, Löhne und Sozialleistungen weiter zu senken. Gewerkschaftliche Solidarität zwischen den DGB-Gewerkschaften und den Gewerkschaften in den sogenannten „Reformländern“ steht gegenüber diesem Vormarsch der Konzerne noch ziemlich am Anfang.

Quelle: Bundesbank, Kapitalverflechtung im Ausland, Mai 1995 — (rül)

Die Nato sucht den Konflikt mit Rußland

Der Westen hat in explosiver Umgebung ein offenes Feuer entzündet

Auf die scharfe Kritik der russischen Regierung und des russischen Parlaments an den Nato-Bombardements in Jugoslawien und an den Nato-Bestrebungen zur Osterweiterung reagierte die deutsche Öffentlichkeit — Politik und Medien — in den letzten 14 Tagen mit einem Gemisch aus geheuchelter Besorgnis und offenem Hohn.

Da wird der Eindruck vermittelt, ein unberechenbarer Jeltin versuche im Vorfeld der Parlaments- und der Präsidentschaftswahlen im Dezember 1995 bzw. im Frühsommer 1996, mit imperialen Drohgebärden der Opposition den Rang abzulaufen, das Parlament sei ohnehin ein abgewirtschafteter Haufen von Großmäulern, Rußland sei im Chaos versunken, inzwischen wirtschaftlich stark vom Westen abhängig und von Ohnmacht gelähmt. Diese Propaganda verdeckt, daß die Nato-Mächte dabei sind, berechnete Interessen Rußlands schwerwiegend zu verletzen. Das ist das eigentlich Besorgniserregende an dem sich verschärfenden Konflikt zwischen den Nato-Mächten und Rußland.

Systematische Verletzung von Interessen Rußlands

Der Westen verletzt Interessen Rußlands gleich in mehrfacher Weise.

Erstens hat die Nato-Intervention in Bosnien mit der Luftwaffe aus der Luft, der Schnellen Eingreiftruppe vom Boden und mit den Marschflugkörpern von der See aus eine Richtung auch gegen Rußland. Die Nato hat einen Brückenkopf im früheren Jugoslawien errichtet, eine Militärgrenze zwischen dem „freien Westen“ und dem „neuen

Osten“ (Serbien, Rußland ...) errichtet, an der sie bombt und schießt. Die darin liegende Bedrohung für Rußland wird noch deutlicher, betrachtet man das Kriegsziel der Nato-Intervention in Jugoslawien. Im Verbund mit der Offensive der bosnisch-muslimischen und kroatischen Truppen zielt die Intervention darauf, die Zerteilung Jugoslawien zu besiegeln. Die großflächige Vertreibung der serbischen Bevölkerungsgruppe setzt die in Gang gesetzte Zerlegung Jugoslawiens fort und schafft planmäßig ein rein kroatisch-muslimisches Bosnien, dessen Existenz wirtschaftlich vom Westen, vor allem der BRD, und militärisch von der Garantiemacht Nato abhängt.

Pläne zum „Aufbrechen“ des „russischen Kolonialreichs“

Der einflußreiche rechte Politikprofessor Werner Kaltefleiter ließ sich jüngst in der *Europäischen Wehrkunde* über die Notwendigkeit aus, das „russische Kolonialreich“ — gemeint: Rußland — „aufzubrechen“; erst dann könne eine „langfristige Befriedung des von Rußland beherrschten Teiles der eurasischen Landmasse“ erreicht werden. Vor diesem Hintergrund muß Rußland die „Balkanisierung“ Jugoslawiens unter maßgeblicher wirtschaftlicher, politischer und militärischer Mitwirkung des Westens als Drohung aufzufassen, daß es selbst „balkanisiert“ werden soll.

Zweitens hat der Westen mit der Nato-Intervention Rußland als Mitglied des UNO-Sicherheitsrates faktisch ausgeschaltet und einen Präzedenzfall geschaffen, dessen Implikationen und Auswirkungen auf künftige Konflikte

noch überhaupt nicht zu überblicken sind.

Die Nato, die eigentlich im Auftrag der UNO eingesetzt werden sollte, agiert inzwischen, ohne daß Rußland als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates Einfluß nehmen kann. Ein geheimes Abkommen zwischen UNO und Nato, dessen Existenz der Sicherheitsratsmitgliedern zwar bekanntgemacht wurde, dessen Inhalt aber auch ihnen — d. h. Rußland und China — verschlossen bleibt, deckt die Nato-Angriffe; tatsächlich jedoch diktieren die Westmächte mittels der Nato die Politik der UNO. Es zeichnet sich ab, daß die UNO sich aus Jugoslawien zurückzieht und die Nato mit Kampftruppen an ihre Stelle tritt. Es heißt auch, die Nato-Truppen sollen eventuell durch russische Truppen ergänzt werden. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Nato Rußland als Mitglied der Bosnien-Kontakte gewisse Einflußmöglichkeiten gewährt. Noch. Der „freie Westen“ legt es augenscheinlich darauf an, das Verhältnis zu Rußland kräftig umzugestalten, Rußland als untergeordnete Macht zu behandeln und an den Rand zu drängen.

Diese aktuelle Entwicklung läßt — drittens — befürchten, daß die Nato ihre Osterweiterung schon in naher Zukunft forcieren und womöglich noch vor den russischen Präsidentschaftswahlen in Gang setzen wird. Zusätzlich zu den vier Staaten, durch deren Aufnahme die Nato als nächstes ihren Einflußbereich weiter nach Osten verschieben will — Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn —, werden inzwischen immer häufiger auch Slowenien und sogar Kroatien als Beitrittskandidaten genannt, weiterhin Estland, Litauen und Lettland.

Die Nato-Blockbildung erstreckt sich

damit auf das ganze Gebiet des sog. Christlichen Abendlandes.

Auffällig ist, daß die öffentliche Diskussion zunehmend mit aggressiverem Ton geführt und zumindest in der BRD die Befürchtung, die Nato-Osterweiterung richte sich gegen Rußland, inzwischen offen bestätigt wird: Die Nato müsse den Schutz der osteuropäischen Staaten garantieren, da diese von Rußland bedroht seien.¹ Der bereits zitierte Kaltefleiter versteigt sich zu der Argumentation, daß sich aus der „Kombination einer politischen Kultur ohne demokratische Traditionen“, der „Eigen-dynamik einer Politik, ein Kolonialreich zusammenzuhalten“ und einer langen Tradition, „durch außenpolitischen Expansionismus“ von inneren Schwierigkeiten abzulenken, „zwangsläufig (ergibt), daß Rußland das, was es das nahe Ausland nennt, bedroht“. Daraus folge, durch die Osterweiterung der Nato das „Risiko einer neoimperialen russischen Außenpolitik“ für Rußland unkalkulierbar zu machen. Das ist in der Tat eine Drohung mit Krieg, die durch die Nato-Intervention in Bosnien ihr Gewicht erhält.

Die Warnungen der russischen Regierung und des russischen Parlaments sind sehr ernst zu nehmen.

Die Kriegsgefahr geht nicht von einem unberechenbaren Rußland, sondern von der Nato und den sie tragenden Mächten aus, die in explosiver Umgebung ein offenes Feuer entzündet haben. — (scc)

1 Die neue Herausforderung, Der russische Neoimperialismus, in: *Europäische Wehrkunde*, August 1995

2 Siehe z.B. *Europäische Wehrkunde*, a.a.O., *Frankfurter Allgemeine*, 9.9., S.1

AKTUELL IN BONN

Verzicht auf Einwanderungsgesetz?

Der SPD-Parteivorstand hat die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz aufgegeben. Das ist dem innenpolitischen Leitartikel zu entnehmen, der am 11. September im SPD-Parteivorstand für den kommenden Parteitag beraten wurde. Bisher gilt: Ausländer haben gar kein Einwanderungsrecht, wenn sie nicht aus der EU kommen, sogenannte „Auslandsdeutsche“ oder „Volksdeutsche“ dagegen können ungehindert einreisen. Die (bisherige) SPD-Forderung war ein Ansatzpunkt, beides zu kritisieren. Aus dem SPD-Vorstand kommt als „Begründung“ für diesen neuerlichen Rückzug gegenüber dem rechten politischen Lager, man wolle mit der CDU/CSU nach dem Konflikt um die Asylgesetze nicht einen weiteren, ähnlichen Streit riskieren.

Regierung contra EKD?

Die Bundesregierung ist nicht bereit, mit der EKD in Verhandlungen um eine Neufassung des Militärseelsorgevertrages einzutreten. Anfang September beriet eine Delegation der EKD mit der Regierung. Der seit 1957, also seit Beginn der Wiederbewaffnung der BRD geltende Vertrag ordnet die Militärpfarrer als Beamte dem Staat unter. Dagegen hatten vor allem EKD-Mitglieder aus den neuen Ländern opponiert und auf der EKD-Synode in Halle im November 1994 erreicht, daß wahlweise — also für die neuen Länder — Militärseelsorge leistende Personen auch den

Status von Kirchenbeamten haben sollen, so daß sie nicht dem Staat, sondern lediglich der Kirche untergeordnet wären. Dazu müßte aber der Vertrag geändert werden, und das lehnt nun die Regierung ab. Man sei lediglich zu einer „Zwischenlösung für die neuen Bundesländer“ bereit, teilten Kohl und Kanzleramtsminister Bohl der EKD-Delegation mit.

„Altschulden“: Kein Geld aus Bonn

Die Bundesregierung ist nicht bereit, die sogenannten „Altschulden“ ostdeutscher Kommunen zu übernehmen oder irgendwie zu senken. Wie berichtet, fordern ostdeutsche Kommunen schon lange, sie von diesen ihnen erst durch den Einigungsvertrag entstandenen künstlichen Schulden, die inzwischen mit Zinsen auf 8 Mrd. DM aufgelaufen sind, zu befreien. Der Städtetag unterstützt diese Forderung. Die Bundesregierung ließ nun Ende August durch Kanzleramtsminister Bohl verlauten, sie sei für eine solche Forderung die falsche Adresse. Wenn, dann müßten die neuen Länder die „Altschulden“ übernehmen, ihre Finanzausstattung sei „wesentlich verbessert“.

Weitere Privatisierungen

Auf einem Treffen mit Vorstandsmitgliedern der bundeseigenen Unternehmen — „standesgemäß“ traf man sich auf Schloß Ludwigslust — hat Finanzminister Waigel am 14. September seine nächsten Privatisierungsvorhaben erläutert. Als nächstes soll die Lufthansa

ganz privatisiert werden und die Privatisierung von Post, Telekom und Postbank beginnen. Außerdem sollen die Flughafengesellschaften und der Bundesanzeiger-Verein, der u.a. die Bundesanzeigerdruckmaschinen fertigen läßt und verlegt, verkauft werden. Seit 1982 habe der Bund durch 600 Privatisierungen 13 Mrd. DM Erlöst, so Waigel. Was die neuen Eigner seitdem an ihren Firmen verdient haben, dem Bund also durch die Privatisierung an Einkünften verlorenging, bezifferte Waigel vorsichtigerweise nicht.

100 Mrd. für „Verkehrswege Ost“

Die „Anbindung“ der sogenannten „mittel- und osteuropäischen Reformländer“, also des früheren RGW, an die Europäische Union wird allein im Verkehrsbereich in den nächsten zehn bis 15 Jahren mindestens 100 Mrd. ECU, das sind umgerechnet etwa 189 Mrd. DM, kosten. Das haben die Verkehrsminister der EU auf einer Tagung in Berlin festgestellt. Der Ausbau der Verkehrswege ist eine der Hauptforderungen der Konzerne in der EU, um einen raschen Warenumsatz zwischen den „Reformländern“ und den EU-Zentren zu ermöglichen. Diese „adäquaten Verkehrswege“, so der Jargon der Verkehrsminister, sollen das Geschäft der Ausbeutung und Ausplünderung dieser Länder durch die Konzerne der EU erleichtern und die Profitraten für diese Konzerne bei der Ostexpansion durch Senkung der Transportkosten weiter verbessern helfen.

Schon wieder eine AFG-Novelle?

Das „Arbeitsförderungsgesetz“, das vor allem die Ansprüche von Arbeitslosen regelt, soll erneut „novelliert“ werden. Noch während der Bundestag über den Haushalt 1996 berät, der u.a. die Zahlung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre begrenzen soll, trafen in Bonn „Experten“ von CDU/CSU und FDP zur Beratung weiterer Vorhaben zusammen. Arbeitsminister Blüm verlangt u.a. eine „Entlastung der Arbeitslosenversicherung“ von den Kosten der Umschulung und Weiterbildung von Arbeitslosen, außerdem will er die Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung bei Frühverrentungen senken (die sog. „57er-Regelung“). Die FDP will vor allem die Arbeitslosengeldzahlungen zeitlich befristen, bis zum Alter von 50 Jahren sollen Arbeitslose maximal 12 Monate lang Arbeitslosengeld beziehen (bisher maximal 24 Monate). Beide Vorhaben würden vor allem ältere Arbeitslose schneller ins Elend stürzen.

Was kommt demnächst?

Der Bundestag hat noch keine neue Tagesordnung für seine nächste Sitzungswoche festgelegt. Damit stehen als nächste Termine nur die Wahltermine und die Partei-Termine fest: Am 14./15. Oktober der CDU-Bundesparteitag in Karlsruhe, eine Woche später, am 22. Oktober, die Wahlen in Berlin. Die SPD führt ihren schon jetzt stürmisch vorbereiteten Bundesparteitag ab 14. November in Mannheim durch.

Das „Mykonos-Attentat“ war zu verhindern

Untersuchungsausschuß zum Mord an den KDP-Vertretern in Berlin legt seine Ergebnisse vor

Der Untersuchungsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses, der die Umstände der Ermordung von Vertretern der kurdischen KDP (Iran) während ihrer Teilnahme am Kongreß der Sozialistischen Internationale am 17. September 1992 in Berlin untersucht hat, hat am 13. September seine Ergebnisse vorgelegt. Die Abgeordnete von Bündnis 90/Grüne in dem Ausschuß, Renate Künast, kommt darin zu gravierenden Vorwürfen gegen den Berliner Innensenator Heckelmann (CDU). Der Minister, der bei anderen Gelegenheiten den energischen „Law and Order“-Mann mimt, hätte, so die Abgeordnete, bei ordnungsgemäßer Amtsführung das Attentat iranischer Agenten gegen die Delegation der kurdischen Partei KDP-Iran womöglich verhindern können.

Die KDP-Vertreter waren beim Verlassen des Berliner Restaurants „Mykonos“ kaltblütig ermordet worden. Der Strafprozeß gegen die Täter und Hintermänner dauert — vor allem wegen der ständigen Behinderungen durch Innenminister Kanther und den Geheimdienst-Koordinator der Bundesregierung, Schmidbauer, die den iranischen Geheimdienst mit Aussageverweigerungen für ihre Beamten und Behörden zu decken versuchen — immer noch an.

Heckelmann, so die Abgeordnete, habe keinerlei besondere Sicherungsmaßnahmen für den Kongreß der Sozialistischen Internationale angeordnet, obwohl bekannt war, daß mit 700 Gästen aus aller Welt zu rechnen war. Auch wurde der iranische Agent Darabi nicht beschattet, obwohl seine Bereitschaft zu terroristischen Gewaltakten be-

kannt war und bereits vorher Politiker der KDP-Iran von iranischen Agenten im Ausland ermordet worden waren (so war schon vorher der im Exil lebende KDP-Generalsekretär von iranischen Agenten in Wien ermordet worden).

Die Gefährdung von Oppositionellen aus dem Iran durch die iranischen Konsulate und die Botschaft dauere, so die Abgeordnete, im übrigen unvermindert an.

Hier Auszüge aus dem Bericht der Abgeordneten, der inhaltlich von den Vertretern der FDP und der SPD im Ausschuß geteilt wird und somit das Mehrheitsergebnis des Ausschusses wiedergibt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Unabhängiger Frauenverband im Berliner Abgeordnetenhaus hat inzwischen einen Mißtrauensantrag gegen Heckelmann eingereicht, über den noch in dieser Woche beraten werden soll. Stimmt die SPD auch für den Mißtrauensantrag, käme erstmals eine Mehrheit gegen den Innensenator zustande. — (rül)

Das Schlußergebnis von Renate Künast (B'90/Grüne)

Der Innensenator hat seine Koordinierungspflicht und inhaltliche Leitungsfunktion bzw. Innenverwaltung, LfV und Polizei (speziell Staatsschutz) nicht wahrgenommen. Eine Zusammenarbeit fand deshalb nicht statt.

Die Defizite und die passive Amts„führung“ sind ursächlich für massive Mängel bei der Einschaltung der G-10-Stelle, in bezug auf die Bekämpfung iranischer Staatsterroris-

mus, insbesondere der Person Darabi, sowie bei der Vorbereitung des SI-Kongresses.

— Der Senator hat trotz konkreter Informationen über Gefährdungen durch iranischen Staatsterrorismus, Hizb Allah, der Person Darabi und weiterer gefährlicher Personen sowie der Vereinbarung über Schwerpunktsetzung „Ausländerextremismus“ keinerlei Initiativen oder Berichtsaufträge an nachgeordnete Mitarbeiter erteilt.

— Auch bzgl. des SI-Kongresses kam der Innensenator seinen Amtspflichten nicht nach. Anders als bei der Vorbereitung des alljährlichen 1. Mai in Kreuzberg kümmerte der Senator sich angesichts ca. 700 erwarteter internationaler Gäste — darunter zahlreiche gefährdete Personen — in keiner Weise um irgendwelche Vorbereitungen.

— Der Senator versuchte, die Sicherheitslücke bzgl. iranischen Terrorismus und Darabi zu vertuschen. Er informierte die zuständigen Abgeordneten trotz eindeutiger Rechtslage nicht über das „besondere Vorkommnis“. Dies geschah erst auf Initiative und nachhaltigen Druck durch die G-10-Kommission und den Regierenden Bürgermeister Diepgen.

Das LfV hat es versäumt, existierende Probleme gegen die passive Amts„führung“ des Senators immer wieder mit Nachdruck zu formulieren und Lösungen einzufordern.

Die Polizei hat es versäumt, eigenständige Überprüfungen zur Vorbereitung des SI-Kongresses zu initiieren. Eine Koordination zwischen Polizei, LfV und Inneres wurde nicht eingefordert.

Die während des SI-Kongresses bestehende Sicherheitslücke war kein Problem der Übergabe von Teilnehmerlisten, sondern des fehlenden Austausches der an der Vorbereitung Beteiligten über in Deutschland operierende Gruppen, von denen Lebensgefährdungen ausgehen.

Dabei weist auch die Vorbereitungstätigkeit der Sozialistischen Internationale Mängel auf.

Fazit: Der Innensenator hat keine seiner Amtspflichten bzgl. Koordination, Informationen, Kontrolle und Erteilen von inhaltlichen Vorgaben wahrgenommen. Folgerichtig konnte er im Untersuchungsausschuß keine Angaben aus eigener Wahrnehmung machen, sondern mußte von seinen Mitarbeitern vorgefertigte Aussagen vorlesen.

Es ist nicht auszuschließen, daß der Mord vom 17. 9. 92 bei ordnungsgemäßer Amts„führung“ durch den Senator hätte verhindert werden können.

Auch heute noch ist der Innensenator hinsichtlich der mit seinem Amt verbundenen Pflichten uneinsichtig und schiebt die politische Verantwortung von sich auf seine Beamten ab.

Gleichzeitig geht von den iranischen Vertretungen (Botschaft/Konsulate) weiterhin eine akute Gefahr insbesondere für iranische Oppositionelle aus. Dies zeigte sich noch im Juni diesen Jahres, als zwei iranische Diplomaten wegen Attentatsvorbereitungen auf die iranische Oppositionsführerin Marjam Radschawi ausgewiesen wurden.

Senator Heckelmann ist deshalb ein Sicherheitsrisiko für die Stadt Berlin.

gez. Renat Künast, MdA, Berlin, 13. 9. 95

„Die Demokratie steht auf dem Spiel“

Dokumentiert: PRO ASYL zur Abschiebung der sudanesischen Flüchtlinge durch Kanther

„Einer der schwärzesten Tage der Demokratie“

Als „niederschmetterndes Ergebnis massiven Drucks aus Bonn und eines perfiden politischen Deals mit einem Folterregime“ wertete die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft Pro Asyl die Entscheidung der Karlsruher Richter, die erst nach fortgesetzten Kontakten Bonner Regierungsstellen mit dem Folterregime in Khartoum zustande kam.

Der Sprecher von Pro Asyl, Heiko Kauffmann, stellte verbittert fest: „Wer Folterer hofiert und Zuflucht suchende Menschen in die Hände der Folterer abschiebt, während des Verfahrens Kontakt mit dem Verfolgerstaat herstellt und die Justiz des Zufluchtlandes unter Druck setzt und für seine Ziele instrumentalisiert, ist dabei, die Grundwerte unserer Verfassung außer Kraft zu setzen.“ Die heutige Entscheidung habe weit über das Asylrecht hinausgehende Bedeutung. Daß die Entscheidung Karlsruhes ohne jede Begründung erfolgte, wertete Pro Asyl als bereiten Ausdruck der tatsächlichen Entscheidungsgewalt. „Es ist das Ende des internationalen Flüchtlingsschutzes, wenn nun das höchste deutsche Gericht den scheinheiligen Beteuerungen des Regimes über die Einhaltung der Menschenrechte Glauben schenkt“, erklärte Heiko Kauffmann.

Die Entscheidung Karlsruhes sei völlig unverständlich angesichts der heuti-

gen Verurteilung Sudans durch die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU). Sie hat den Sudan heute aufgefordert, terroristische Aktivitäten nicht mehr zu unterstützen und den entgegenlautenden Beteuerungen des Regimes keinen Glauben mehr geschenkt. Es sei das erste Mal in der Geschichte der OAU, daß die panafrikanische Organisation einen Mitgliedstaat terroristischer Aktivitäten beschuldigt, so die Nachrichtenagentur afp.

Niemand könne garantieren, daß den Flüchtlingen, selbst wenn sie bei einer Rückkehr den Flughafen Khartoum verlassen könnten, nicht Tage, Wochen oder Monate später den Schergen des Regimes zum Opfer fielen. „Die Menschenrechtspolitik Deutschlands hat heute ihre Glaubwürdigkeit und ihr Gesicht verloren“, schloß Heiko Kauffmann.

Presseerklärung vom 12. September

Gewaltenteilung löst sich auf Flüchtlinge als Versuchsobjekt

Als Skandal, der die Grundmauern unserer Demokratie ins Wanken bringt, bezeichnete Heiko Kauffmann, der Sprecher von Pro Asyl, die gestrige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und die Abschiebung der sieben sudanesischen Flüchtlinge. In furchtbarer Weise hätten Auswärtiges Amt, Bundesinnenministerium und Bundesverfassungsgericht zusammengespield.

Das Auswärtige Amt habe trotz erdrückender Beweise über anhaltende Menschenrechtsverletzungen fadenscheinige Zusagen eines Terrorregimes eingeholt. Der Bundesaußenminister trägt die Verantwortung dafür, daß die deutsche Außenpolitik im Fall der Sudanesischen innenpolitischen Interessen des Bundesinnenministers untergeordnet wurde. Er ist mitverantwortlich für die Abschiebung der sudanesischen Flüchtlinge. „Flüchtlinge sind keine Versuchsobjekte, um die Verlässlichkeit der Verbalnoten eines Folterregimes zu testen“, erklärte Pro Asyl-Sprecher Kauffmann.

Der Bundesinnenminister hat mit unachgiebiger Härte die Zurückweisung der Sudanesischen betrieben. In den letzten Wochen wurde in einer bisher nie dagewesenen Weise das höchste deutsche Gericht unter Druck gesetzt.

Bereits vor dem Gerichtsurteil wurden zwischen 10 und 11 Uhr die Sudanesischen zur Abschiebung Richtung Flugzeug geführt. Noch vor wenigen Tagen hatte Minister Kanther den Kirchen zugesichert, daß die Sudanesischen in ein Drittland ausreisen können. Obwohl Flüge bereits gebucht waren und die Zusage eines nordafrikanischen Landes unmittelbar bevorstand, wurden die Flüchtlinge in einer Nacht- und Nebelaktion gestern nacht abgeschoben.

Das Bundesverfassungsgericht hat umfassende Belege über die Gefährdung der Flüchtlinge mißachtet und ungeprüft fadenscheinigen Beteuerun-

gen eines Unrechtsregimes Glauben geschenkt. „Es ist die Perverbierung des Asylrechts, daß während des laufenden Verfahrens mit dem Herkunftsland Absprachen über die Rücknahme von Verfolgten getroffen wurden und diese rechtsstaatswidrigen Initiativen der Exekutive durch die Jurisdiktion nicht gestoppt wurden“, sagte Kauffmann. Der Charakter des Asylrechts werde dadurch ad absurdum geführt. Pro Asyl verweist auf eine Stellungnahme des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen vom März 1995, in der es wörtlich heißt: „Nach Ansicht des Hohen Flüchtlingskommissars bringen Kontakte mit den Behörden des Heimatlandes eines Asylbewerbers vor Erlass eines endgültigen Ablehnungsbescheides Gefahren für den Asylbewerber oder seine im Heimatland zurückgebliebenen Angehörigen. Es kann im Widerspruch zum Flüchtlingsrecht stehen.“ „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stehen auf dem Spiel“, fuhr Kauffmann fort. Die demokratischen gesellschaftlichen Kräfte seien nun gefordert, die neue Dimension bundesdeutscher Abschottungs- und Abschreckungspolitik, staatlicher Gewalt und Zurückweisung von Flüchtlingen zu verhindern. Wenn Kanther freie Hand behielte, liefe diese Politik auf die Perverbierung des Rechtsschutzgedankens für Flüchtlinge und auf die Gefährdung des Rechtsstaates hinaus. Dies dürfe nicht zugelassen werden.

Presseerklärung vom 13. September

Die Justiz der BRD und die Generäle der DDR

In Berlin hat am 18. August ein neuer Prozeß der Siegerjustiz gegen DDR-Generäle begonnen

Seit dem 18. August 1995 ist die Justiz der Bundesrepublik um eine fragwürdige Anklagekonstruktion reicher. Acht ehemalige Generäle der DDR stehen seitdem wegen Beihilfe zum Totschlag und zum versuchten Totschlag an der einstigen Grenze zur BRD vor einem bundesdeutschen Gericht. Als ehemalige Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Nationale Verteidigung hätten sie zwar selbst keine Entscheidungen getroffen, sie hätten aber durch die Unterstützung des Ministers zur Tötung und Verletzung von Fluchtwilligen durch Schüsse, Minen und Selbstschußanlagen beigetragen, argumentiert die Anklage.

Am 27. Oktober sollen sich in einem weiteren Prozeß der ehemalige Chef der Grenztruppen der DDR und seine Stellvertreter für Todesfälle an der Grenze verantworten.

Es ist das zweite Mal seit dem Ende der Nazi-Diktatur, daß vor einem bundesdeutschen Gericht ein Prozeß stattfindet, bei dem es um die Verantwortung deutscher Generäle für den Tod von Menschen geht. Wer nun aber annimmt, beim ersten Prozeß hätten Nazi-Generäle wegen ihrer Mitschuld an Hitlers verbrecherischer Kriegsführung vor dem Richter gestanden und ihre gerechte Strafe bekommen, der irrt.

Bei diesem ersten Prozeß vor einem Solinger Schöffengericht im Jahr 1963 war der Angeklagte ein deutscher Antifaschist, ein Mann des Widerstandes, das Direktoriumsmitglied der Deutschen Friedens-Union Lorenz Knorr. Er hatte öffentlich ausgesprochen, was im In- und Ausland ohnehin kein Geheimnis war: Die an der Spitze der Bundeswehr stehenden Nazi-Generäle Heusinger, Ruge, Speidel, Foertsch und Kammhuber seien Massenmörder und gehörten vor ein Gericht.

Franz Josef Strauß stellte sich schützend vor die ehemaligen Hitler-Generäle und erstattete Anzeige gegen Knorr wegen Beleidigung. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage. Das Ziel bestand offensichtlich darin, im Rahmen eines als Beleidigungsprozeß getarnten politischen Strafverfahrens das geltende Völkerrecht über die Bestrafung der Kriegsverbrecher zur Rehabilitierung derselben zu unterlaufen, die Wahrheit über das Dritte Reich unter Strafe zu stellen und einen Sprecher der oppositionellen Kräfte auszuschalten.

Doch dieser Schuß ging nach hinten los. Der Angeklagte wurde zum Ankläger. Unter starker Beachtung und Anteilnahme des In- und Auslandes und begleitet vom Wutgeheul konservativer Blätter wies er nach: An der Spitze der Bundeswehr stehen Männer, die in nachweisbarer Kenntnis des kriminellen Charakters von Hitlers Angriffskriegen und in nachweisbarer Kenntnis von völkerrechtswidrigen Terrorbefehlen im Widerspruch zur Genfer Konvention und zur Haager Landkriegsordnung bis zum letzten Augenblick ihrem „Führer“ und obersten Befehlshaber treu waren. Diese Herren waren als Angehörige der Hitler-Generalität an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg beteiligt und sind nach dem Urteil des Nürnberger Militärtribunals vom 30.9. und 1.10.1946 mitschuldig an den 50 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges.

Aus der Fülle des dem Gericht vorgelegten erdrückenden Beweismaterials seien als Beispiel die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit des Hitler-Generals Foertsch — zum Zeitpunkt des Prozesses General-

inspekteur der Bundeswehr — genannt: Er war Chef der Operationsabteilung und später Generalstabschef der vor Leningrad liegenden 18. Armee. Er ließ Leningrad — nicht etwa nur militärische Objekte! — beschießen und aus Hungern. Hunderttausende Tote, mehr Zivilisten als Soldaten, gehen auf sein Konto. Er wurde dafür im Jahre 1946 mit 25 Jahren Gefängnis bestraft, aber nach 10 Jahren als Häftling (!) der Bundesrepublik übergeben. Obwohl der Staatsanwalt für Knorr drei Monate Haft ohne Bewährung beantragte, verurteilte ihn das Gericht wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 300 DM (also für jeden öffentlich als Massenmörder „beleidigten“ General eine Geldstrafe von 60 DM).

Angesichts der Prozesse gegen ehemalige Generäle der DDR vor einem Gericht der BRD und der damit verbundenen gezielten Verleumdungskampagne in den Medien ist es sicher sehr nützlich, sich an Ergebnis und Ausgang des Solinger Prozesses gegen Lorenz Knorr vor 32 Jahren zu erinnern.

Die heute angeklagten DDR-Generäle wußten nur zu gut, welche tödliche Gefahr dem Frieden in Europa und in der Welt droht, wenn Hitler-Generäle erneut Befehlsgewalt erhalten, an der Spitze der Bundeswehr stehen, hohe NATO-Führungspositionen besetzen und die Verfügungsgewalt über Kernwaffen anstreben. Und deshalb sahen sie ihre wichtigste militärische Pflicht darin, alles Notwendige zu tun, um zu verhindern, daß Leute vom Schlage eines Heusinger, Speidel, Foertsch und ihresgleichen jemals wieder über andere Völker herfallen und sie versklaven können. Dazu gehörte auch die Sicherung und Verteidigung der Staatsgrenze der DDR und der Nahtstelle zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO in Deutschland.

Die Nationale Volksarmee der DDR hat nie einen Angriffskrieg geführt und andere Völker unterjocht. Ihre Aufgabe war die Sicherung und Verteidigung des Friedens.

Während ehemalige Hitler-Generäle und spätere Generäle der Bundeswehr wie Heusinger in der Nazi-Zeit als Chef der Operationsabteilung beim Oberkommando des Heeres maßgeblich an der Vorbereitung und Planung von verbrecherischen Angriffskriegen beteiligt waren, standen spätere Generäle der DDR, darunter die beiden Verteidigungsminister Heinz Hoffmann und der bereits von der bundesdeutschen Justiz zu sieben Jahren Haft verurteilte Heinz Keßler in Spanien, in der SU und anderswo unter Einsatz ihres Lebens an der Seite der von der Hitler-Wehrmacht überfallenen Völker.

Die Armee der DDR hatte niemals den Auftrag, Rohstoffvorkommen und andere Naturreichtümer im Ausland für die Wirtschaft des eigenen Landes zu sichern. Und die DDR war auch niemals Kriegspartei. Es ist einfach unvorstellbar, daß ein General der

DDR zu Kampfhandlungen auf dem Territorium des von Nazi-Deutschland so grausam gequälten und geschundenen ehemaligen Jugoslawiens bereit gewesen wäre.

Seit durch den Zerfall des sozialistischen Lagers der Bundesrepublik der Sieg über den anderen deutschen Staat quasi in den Schoß gefallen ist, folgt ein Strafprozeß der Justiz der BRD gegen ehemalige DDR-Bürger dem anderen. Derzeit wird in über 100 Fällen wegen des Verdachts des Totschlags gegen ehemalige Angehörige der Grenztruppen der DDR ermittelt. Gegen einfache Grenzsoldaten wurden bisher allein in Berlin 30 Prozesse geführt. Dabei verstoßen diese Prozesse nicht nur gegen den Grundlagenvertrag, den Einigungsvertrag, das Grundgesetz und das Strafbuch der BRD, sie verletzen auch gleich in mehrfacher Hinsicht rechtsstaatliche Grundsätze:

— In keinem der durchgeführten Verfahren gab es eine umfassende Untersuchung und rechtsstaatlich gesicherte Begründung hinsichtlich der anzuwendenden Rechtsgrundlagen.

— Alle Beweisanträge der Verteidigung in dieser Hinsicht wurden ebenso abgelehnt wie die Einholung bzw. Verlesung von Rechtsgutachten.

— Die Heranziehung und Beurteilung völkerrechtlicher Aspekte wurde völlig negiert. So begnügten sich die Gerichte mit verbalen Erklärungen der Staatsanwaltschaft, daß das Grenzgesetz der DDR fundamentale Menschenrechte verletze und deshalb rechtlich nicht relevant bzw. daß es „ungültig“ sei.

Wichtige geschichtliche Zusammenhänge wurden ebenso ausgeklammert wie die Tatsache hartnäckig geleugnet, daß es sich bei der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten nicht um eine „innerdeutsche“ Grenze, sondern um eine Staatsgrenze im Sinne des Völkerrechts handelt.

Weil die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten gleichzeitig die Grenze zwischen zwei Weltsystemen und militärischen Paktsystemen war, hatte auch die SU und der gesamte Warschauer Vertrag Einfluß auf die Entscheidungen und Maßnahmen, die mit dem 13. August 1961 zusammenhängen. Unter diesen Umständen galt es als normal, daß der Marschall der Sowjetunion Konjew zur Gewährleistung aller sich aus dem Beschluß der Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten vom 12. August 1961 ergehenden Maßnahmen von Chruschtschow als Oberkommandierender der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland eingesetzt und mit der obersten Leitung der militärischen Sicherung der Maßnahmen des 13. August 1961 beauftragt wurde.

In diesem Sinne schrieb auch der ehemalige Marschall der Sowjetunion Kulikow an Generalbundesanwalt Kay Nehr: „Es ist völlig klar, daß alle prinzipiellen Entscheidungen, die das Grenzregime der DDR berühren, von der höchsten politischen Führung und nicht aus den Rei-

hen der Militärs heraus getroffen wurden.“

Ungeachtet aller dieser für die richtige Beurteilung und Wertung von Geschehnissen an der Grenze zwischen der DDR und der BRD wesentlichen Sachverhalte und auch ungeachtet der Tatsache, daß die Entscheidung des BVerfG, ob diese Rechtsprechung überhaupt mit dem Grundgesetz vereinbar ist, seit Jahren aussteht, wird munter weiter angeklagt und verurteilt.

Bereits die ersten „Mauerschützenprozesse“ veranlaßten Norman Paech, Professor für öffentliches Recht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, folgendes festzustellen: „Meiner Ansicht nach ist das DDR-Grenzgesetz, so problematisch das politisch auch immer gewesen sein mag, rechtsstaatlich kaum angreifbar. Es gehört zur Souveränität eines jeden Staates, seine Grenzen zu sichern, und das Grenzgesetz unterschied sich nicht wesentlich von denen anderer Staaten. Wer sich von den Grenzern de facto daran gehalten hat, den kann man dafür nicht zur Verantwortung ziehen, jedenfalls nicht strafrechtlich. Der Richter in der Bundesrepublik soll unabhängig in seiner Entscheidung und unparteiisch sein. In solchen Prozessen ist kaum ein Richter unparteiisch. Denn man muß diese Prozesse im Zusammenhang mit dem sehen, was derzeit an Aufarbeitung, Abwicklung, Kolonialisierung im Osten Deutschlands durch den Westen passiert. Die Richter haben dabei ihren Part zu spielen. Wie gesagt, ich halte sie (diese Prozesse) für einen Teil dieser Umerziehungs- und Kolonialisierungsarbeit, und ich stehe vor dem Fakt, daß sie gemacht werden. Diese Gesellschaft sieht die Möglichkeit, über ihre ehemaligen „Feindnachbarn“ zu richten, und sie nutzt die Gerichte, die Objektivität auszustrahlen scheinen.“

Genau darum geht es auch bei den Prozessen gegen die ehemaligen Generäle der DDR. Gerichte der Bundesrepublik, von denen man annimmt, sie seien in ihrer Entscheidung unabhängig und unparteiisch, sollen die militärische Pflichterfüllung integrier sozialistischer Militärs kriminalisieren, um auf diesem Wege die gesamte Nationale Volksarmee und die Grenztruppen der DDR im besonderen zu delegitimieren. Wie man so etwas am medienwirksamsten macht, darüber gibt es seit dem Anschluß der DDR an die BRD hinreichend Erfahrungen.

Liest man die Argumentation der Anklage vor der 35. Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts — die DDR-Generäle hätten sich durch die Unterstützung des Verteidigungsministeriums schuldig gemacht —, dann muß man sich doch fragen, warum die gleiche Justiz nie Anstoß daran genommen hat, daß Hitler-Generäle, die ihren „Führer“ bei seinen millionenfachen Verbrechen bis zum letzten Augenblick tatkräftig unterstützt haben, nicht nur straffrei blieben, sondern daß ihnen sogar die Führung der Bundeswehr anvertraut wurde? Und weiter ist zu fragen, warum sich die gleiche Justiz, die heute die ehemaligen Generäle eines anderen Staates vor Gericht stellt, in Schweigen hüllte, als der Kriegsverbrecher Foertsch, der der BRD als Häftling übergeben wurde, zum Generalinspekteur der Bundeswehr avancierte?

Die Antworten auf diese Fragen kann sich jeder selbst geben. Sie liegen auf der Hand.

— (H.F.) — (Aus Platzgründen von d. Red. gekürzt.)



Hans Fricke, Davor, Dabei, Danach. 240 S., 19,80 DM. Bezug: GNN-Buchversand, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz.



Schülerdemonstration in Berlin am 7. September

Mit neuer Atomwaffe gegen den Maghreb?

Frankreich rüstet seine Atomstreitmacht um. BRD soll am Unternehmen beteiligt werden

Die Wiederaufnahme der französischen Atomwaffenversuche hat insbesondere bei den Völkern des pazifischen Ozeans zu erheblichem Widerstand gegen das französische Atomprogramm geführt. Dabei ist auch die längst überkommene Kolonialherrschaft Frankreichs in dieser Region des Erdballs wieder öffentlich zum Gegenstand der Kritik geworden. Allein in Papeete, der größten Stadt Tahitis, haben zehntausend Menschen gegen die Wiederaufnahme der Atomwaffenversuche demonstriert — zehn Prozent der dort lebenden Bevölkerung.

Mit den Atomtests soll u. a. ein neuer Sprengkopf für die französische Atom-U-Boot-Flotte getestet werden sowie eine neue Interkontinentalrakete. Die Versuchsreihe soll zur Vorbereitung des ab 2002 beginnenden Atomprogramms PALEN beitragen, mit dem Versuche simuliert werden.

Außerdem arbeiten die französischen Militärs an einem sogenannten Minisprengkopf: Das Kampfflugzeug Rafale soll mit der Luft-Boden-Rakete ASLP und einem Sprengkopf für sogenannte Enthauptungsschläge ausgerüstet werden. Nach Angaben der Zeitung *Liberation* handelt es sich dabei um ein Rüstungsprogramm von 30 Milliarden Francs. Der Sprengkopf hätte gegenüber den bisher üblichen (300 Kilotonnen) weniger als eine Kilotonne, die ASLP eine Reichweite von 1300 Kilometern bis nach Nordafrika! Die aus dem Golfkrieg bekannten sogenannten chirurgischen Schläge könnte dann auch das französische Militär z. B. im Maghreb einsetzen.

Chirac hat im Zusammenhang mit der

Atomtestreihe den Vorschlag gemacht, die französische Atomstreitmacht zu europäisieren. Dieser Vorschlag ist z. B. bereits im französischen Verteidigungsweißbuch 1994 nachzulesen: „Mit Kernwaffen ist Europas Verteidigungsautonomie möglich. Ohne sie kann nichts daraus werden.“ Die Ausgestaltung dieses Vorschlages ist ein weiteres Beispiel deutsch-französischer Kollaboration. Die Europäisierung der *force de frappe* soll nach den Vorstellungen des Staatspräsidenten und der französischen Regierung darin bestehen, Deutschland unter den atomaren Schutzschild Frankreichs zu nehmen. Der Bundesrepublik würde damit, über ihre bereits bestehenden Möglichkeiten in der Nuklearen Planungsgruppe der Nato hinaus, der Zugang an die Schaltknöpfe von Atomwaffen geebnet. Frankreich rüttelt damit an bestehenden völkerrechtlichen Vereinbarungen, die für die BRD bisher Gültigkeit haben und nun auch eingerissen werden können: die 1954 von der BRD unterzeichneten Pariser Verträge, die 1968 beschlossene Nichtverbreitungsverpflichtung von Atomwaffen sowie der Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990. Insbesondere in der CDU/CSU werden damit die Kräfte ermutigt, die darauf setzen, der BRD den Einsatz atomarer Waffen zu erschließen. Dazu Auszüge aus einem Interview der Zeitung *Liberation* mit Friedbert Pflüger, CDU-MdB, sowie Auszüge aus einem Interview der Zeitschrift *Humanité dimanche* mit Harry Bernas, der zeigt, daß ein erklärter Atomteststopp im Herbst 1996 keineswegs das Ende der Atomtests bedeutet. — (map)

Französischer Schild willkommen

■ Hat Sie Ihr Besuch der militärischen Atomanlagen überzeugt von der Berechtigung der Atomversuche?

Ich kann und will über die ökologischen Probleme, die die Versuche zur Folge haben, nicht urteilen. Aber mir scheint, daß die Ängste dadurch angeheizt worden sind, daß wir jeden Tag über die Vergehen gegen die Umwelt unterrichtet werden. Das Abholzen des Regenwaldes, das Ozonloch, die Verschmutzung der Luft, all das hat viel gewichtigere Folgen für die Umwelt als die Tests im Mururoa. Ich sage nicht, daß keine berechtigten Gründe gegen die Versuche existieren. Aber vom Standpunkt der Abrüstung sind sie gerechtfertigt. Die Haltung Chiracs bedeutet einen Fortschritt gegenüber den vergangenen Positionen Frankreichs. Als erstes, weil er nicht 86 Versuche durchführt, wie es sein Vorgänger machte, sondern sich auf acht beschränkt. Er sagt, es werden die letzten sein. Und er ist der erste Präsident einer Atommacht, der sich klar gegen Miniversuche ausspricht. Deshalb finde ich die öffentlichen Proteste gegen Chirac ungerechtfertigt. Besser wäre es, darauf zu hören, was es Positives an seinen Erklärungen gibt, und gemeinsam mit ihm dafür zu arbeiten, daß die Atomversuche im Herbst 1996 tatsächlich stoppen.

■ Welche Bedeutung mißt man in Deutschland den Vorschlägen der französischen Regierung zur Europäisierung der französischen Atomstreitkräfte bei, die ja erst nach Beginn der Protestaktionen gemacht wurden?

... bei meiner Reise habe ich feststellen können, daß es in Frankreich eine aufrichtige Bereitschaft gibt, die französischen Atomstreitkräfte in den Dienst einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik zu stellen. Ein hoher französischer Militär sagte mir: „Frankreich repräsentiert ein Prozent der Weltbevölkerung. Allein sind wir nichts. Wenn wir etwas ändern wollen in der Welt, müssen wir kooperieren.“ Ohne Zweifel, die internationalen Proteste haben diesen guten europäischen Willen noch verstärkt. Denn sie haben

gezeigt, daß niemand in Europa — Frankreich ebenso wenig wie Deutschland — allein handeln kann. Paradoxerweise haben sie die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland verstärkt, Präsident Chirac und Kanzler Kohl einander nähergebracht. Denn Kohl hat ... couragiert die Partei Chiracs ergriffen ...

■ Was bedeutet für Sie eine Europäisierung der französischen Atomstreitkräfte?

In keinem Fall kann es sich darum handeln, eine deutsche nukleare Mitentscheidung herbeizuführen. Deutschland hat keine nuklearen Ambitionen. Deutschland hat darauf verzichtet, ABC-Waffen zu produzieren und zu besitzen, und das trägt zum Gleichgewicht in Europa bei und zur Zuverlässigkeit seines europäischen Engagements. Eines Tages, vielleicht in fünfzehn Jahren, könnte ein europäischer Präsident im Namen aller Europäer eine solche Entscheidung treffen ... In der nächsten Zukunft muß die Entscheidung über den Einsatz in den Händen des französischen Präsidenten bleiben. Als Gegenleistung könnte man sich eine Einrichtung wie die Nukleare Planungsgruppe (NPG) in der Nato vorstellen: wo über die Szenarien gemeinsamer Bedrohung, eine Nukleardoktrin diskutiert wird, wo man sich konsultiert im Falle von Krisen.

■ Welches Interesse hat Deutschland an einer gemeinsamen Diskussion um die Nuklearpolitik?

Diese gemeinsame Diskussion ist legitim und notwendig, gerade weil wir kein Staat mit Nuklearwaffen sind. Wir leben in einem Europa der Veränderungen. Wir wissen nicht, ob morgen Rutzkoi oder Schirinowski Rußland regieren ... Wir leben weiterhin in einer sehr gefährlichen Welt. So ist es für Deutschland auch sehr wichtig, einen nuklearen Schutz zu haben. Wir haben bis jetzt unter dem atomaren Schutzschild der Amerikaner gelebt. Das wollen wir erhalten. Aber ein zweiter, französischer Schild — kleiner, aber sehr wirkungsvoll — ist willkommen ...

Liberation, 1.9.95, Interview mit Friedbert Pflüger, MdB, CDU

Die Simulation wird die Versuche nicht ersetzen

■ Die Wiederaufnahme der Atomversuche auf Mururoa wird begründet mit der Einführung der Simulationstechnik im Laboratorium. Wird die Simulation die Versuche ersetzen?

Nein, und es ist ein Täuschungsmanöver, das zu behaupten, denn die Simulation hat notwendigerweise weitere Versuche zur Folge. Um die Wirkung einer Bombe zu untersuchen, müssen physikalische Prozesse in Gang gesetzt werden, bei Temperaturen, die man nicht im Laboratorium beurteilen kann, sondern nur in der Praxis, im Moment der Explosion. Die Simulation mittels Laser wird sich den realen Bedingungen annähern, bleibt aber unterhalb der Temperaturen, die bei tatsächlichen Explosionen erreicht werden. Man wird das also nachprüfen müssen.

Um sich der Funktionstüchtigkeit einer Waffe sicher sein zu können, müssen die Militärs von seiner Transportsicherheit überzeugt sein sowie von seiner Brauchbarkeit nach Jahren der Lagerung.

Weiterhin ist es in der wissenschaftlichen Logik, nach jeder Simulation ein Experiment zu machen. Ein Experiment, das es erlaubt, die Simulation zu perfektionieren, um wiederum weitere Experimente zu verbessern ... Einzig eine politische Entscheidung kann dazu

führen, diesen Kreis zu durchbrechen.

■ Chirac hat auch angekündigt, 1996 nach der Unterzeichnung des Vertrages über das Verbot von Atomversuchen jegliche französischen Versuche einzustellen.

Man sollte nicht den Fehler begehen, die Wichtigkeit dieser Erklärung zu überschätzen, der eine Ankündigung Bill Clintons folgt, die in eine ähnliche Richtung geht. Wenn das wahr wäre, handelte es sich um eine historische Kehrtwendung um 180 Grad. Aber warum konstruiert man in diesem Fall den Laser?

■ Könnte der Laser benutzt werden, um neue Atomwaffen zu entwickeln?

Theoretisch ist das französische Simulationsprogramm dazu bestimmt, die existierenden Nuklearwaffen zu verbessern und nicht, um neue Waffen zu entwickeln. Aber es ist nicht alles schwarz auf weiß festgehalten in dem Programm! Die Simulationen und Versuche, die folgen werden, legen es nahe, neue Waffen zu entwickeln. Zum Beispiel: Je besser man die Parameter der Explosion beherrscht, um so wirtschaftlicher kann man die Größe der Waffe den Bedingungen auf dem Schlachtfeld anpassen ...

Humanité dimanche Nr. 285, Interview mit H. Bernas, Physiker, Direktor am Institut für wissenschaftl. Forschung

Japan — 50 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs

Ein Rückblick und Streiflichter. Von Hagen Blau

1 Erst mit dem 2. September 1945, mit der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde durch Japan, endete in Asien und im Pazifik der 2. Weltkrieg. Unser traditioneller Europazentrismus läßt uns glauben, mit dem 8. Mai sei das Gedenken aus Anlaß des 50. Jahrestags der Befreiung von Krieg und Faschismus abgeschlossen, doch während in Europa bereits die Waffen schwiegen und der Nachkriegsaufbau eingeleitet war, wurden in Asien die blutigsten Schlachten dieses Krieges geschlagen, historische Katastrophen erst Wirklichkeit.

Die Schlacht um Okinawa, 82 Tage bis zum 26. Juni 1945, kostete über 220 000 Menschen das Leben (100 000 japanische Militärs, 100 000 japanische Zivilbevölkerung, ca. 20 000 US-Soldaten, dazu über 50 000 amerikanische Verwundete). Das Nichteingehen Japans auf das Ultimatum der Potsdamer Konferenz vom 26. Juli 1945 führte zum — ohnehin geplanten — Abwurf der ersten und bisher einzigen gegen zivile Ziele eingesetzten Atombomben auf Hiroshima (als militärisches Ziel deklariert) und Nagasaki (versehentlich) am 6. und 9. August 1945 mit zusammen ca. 220 000 unmittelbaren Todesopfern, ca. 150 000 Folgeopfern und bis heute ca. 360 000 unter den Folgen der Bombe Leidenden („Hibakusha“). Während in Europa der Krieg nach Eroberung und Besetzung auf deutschem Boden beendet wurde, standen zum Zeitpunkt der japanischen Kapitulation noch ca. 3 Millionen japanische Soldaten in Feindesland, in China, in Südostasien — sie kapitulierten lokal erst Mitte/Ende September, Kämpfe setzten sich noch bis in den Oktober fort. Bei Kriegsende in Japan stand kein fremder Soldat auf den japanischen Hauptinseln.

2 Dieses erklärt zum Teil auch den unterschiedlichen Umgang mit der Erinnerung an den Krieg, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, mit der Frage von Schuld, Verantwortung und Sühne und mit dem Charakter der Gedenktage anläßlich des 50. Jahrestags. Die USA zeigten eine offiziell ungewohnte Zurückhaltung gegenüber den japanischen Emp- und Befindlichkeiten, forderten keine Teilnahme an Siegesfeiern, keine spektakulären Treffen der Staats- und Regierungschefs, überließen das Gedenken im eigenen Land den Veteranenverbänden, die den Abwurf der Atombomben weiterhin als wichtigstes kriegsentscheidendes und -beendendes Mittel preisen und keine rechtlichen und moralischen Bedenken zeigen.

Um so lauter meldeten sich die asiatischen Staaten, forderten von Japan zumindest die Anerkennung der Schuld, einen „Aggressionskrieg“ geführt zu haben und — so asiatischer Brauch — eine Entschuldigung für die angerichteten Greuel und eine Übernahme der Verantwortung für Entschädigung und

Wiedergutmachung, obwohl sie Jahrzehnte — angesichts des wirtschaftlich nützlich einfließenden japanischen Kapitals — darauf verzichtet hatten.

Diskussion über Kriegsgreuel Japans war lange tabu

Die Frage, Entschuldigung Ja oder Nein, bestimmte einen Teil der innenpolitischen Diskussion Japans seit dem vergangenen Jahr, nachdem die Frage des japanischen Verhaltens im Kriege und seine Verantwortung jahrzehntelang als Tabu-Thema — von einigen fortschrittlichen Historikern, Publizisten und Gruppen, darunter vor allem die Kommunistische Partei, abgesehen — behandelt wurde, in Schulbüchern nicht objektiv dargestellt und schon gar nicht von den Medien in der Öffentlich-



keit behandelt werden durfte. Japan hatte sich in die Rolle des Opfers des Krieges eingesponnen, daß es Täter war, wurde verdrängt.

Der Abwurf der Atombomben wurde als zweitgrößte „Untat“ des 2. Welt-

Die Legende vom „Befreiungskrieg“

kriegs nach dem deutschen Holocaust interpretiert, Japan war damit auf der Seite der Opfer. Zugleich wird der Krieg, noch heute von der Mehrheit der LDP-Abgeordneten, von der Hälfte der Kabinettsmitglieder damit gerechtfertigt, daß Japan einen Befreiungskrieg geführt hat, für die Befreiung Asiens vom westlichen Kolonialismus, für eine „großasiatische Wohlstandssphäre“ unter japanischer Führung, und damit einen „gerechten“ Krieg — zwar mußten in den letzten zwei Jahren mehrere Minister zurücktreten, die den japanischen Aggressionskrieg rechtfertigten, vor allem aufgrund der Reaktionen in China und den südostasiatischen Ländern, mit denen man es sich ja nicht verderben wollte — gegen die, wie es heißt, imperialistische und hegemoniale Politik der westlichen Kolonialmächte und der USA, die der freien wirtschaftlichen Entfaltung der asiatischen Staaten Unterdrückung und Ausbeutung entgegenzusetzen.

Bis zum Tode des seit 1926 im Amt befindlichen Tenno Hirohito, der Vorkriegszeit, Krieg, Nachkrieg und Demokratisierung (bei Veränderung seiner

verfassungsrechtlichen Stellung) bis 1989 überlebt hat, wurde jede Diskussion über Kriegsschuld unterdrückt.

3 Der Krieg in Asien und im Pazifik hat über 20 Millionen Menschen das Leben gekostet (s. nebenstehende Übersicht). Als der Stellvertretende Vorsitzende der Kommunistischen Partei im März dieses Jahres diese Zahl im Oberhaus nannte, wurde dieser Passus auf Beschluß der konservativen Parteien — und das sind ca. 80 % der Abgeordneten — aus dem Sitzungsprotokoll gestrichen, obwohl die Zahl aufgrund internationaler und nationaler Berechnungen der betroffenen Staaten verifiziert ist.

Daß es sich um einen auf Expansion und Eroberung, auf Gewinnung von Rohstoffquellen und Siedlungsraum gerichteten imperialistischen Aggressionskrieg, beginnend mit der Einverleibung der Mandchurei, schließlich Ganz-Chinas, dann der südostasiatischen Staaten und dann des Pazifik, im Interesse des japanischen Kapitals, der Banken und Konzerne, gehandelt hat, nachdem das Militär die entscheidende Position übernommen hatte und die politische Führung, einschließlich des Tenno, zum Erfüllungsgehilfen degradiert wurde, die diesem Kurs nichts entgegengesetzte, bis die Niederlage offenkundig wurde —

dies ist in Japan, außer von der KPJ, nie offen ausgesprochen worden. Das Massaker von Nanking, in dem ca. 300 000 Chinesen grundlos ermordet, hingerichtet wurden, die Verpflichtung von über 100 000 Koreanerinnen, Chinesinnen und Philippinerinnen zu Liebesdiensten, als Sex-Sklavinnen, für die 5 Millionen starke japanische Armee (noch heute „Trösterinnen“ oder „comfort ladies“ genannt, auf japanisch „jūgun ianfu“), die Zwangsrekrutierung von Koreanern zum Kriegsdienst, die Verwendung chinesischer Gefangener als Übungsobjekte, an denen Genickschuß praktiziert wurde, die medizinischen Versuche an Angehörigen der besetzten Staaten — bis zu 20 000 Opfer sind bekannt — auch an Kindern (nach Mengele-Stil) — bis vor zwei Jahren kein Wort, erst jetzt lebt die Diskussion auf.

4 Die Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki haben sich vor der Welt, besonders gegenüber den asiatischen Nachbarländern entschuldigt für das Unheil, das Japan über die Kriegsgegner gebracht hat, der Ministerpräsident fand Worte des Bedauerns über den „Aggressionskrieg“ (er verwendete zum ersten Mal regierungsamtlich dieses Wort, obwohl die Mehrheit des Parlaments einer entsprechenden Resolution widersprochen hatte), die vorgeschlagenen Entschädigungssummen sind noch ungeklärt (für die Entschädigung der noch lebenden Zwangsprostituierten sollen z.B. 500 Mio. Yen = 7,5 Mio. DM zur Verfügung gestellt werden, die Antrags- und Rege-

Daten über die Opfer des japanischen Aggressionskriegs in Asien und Pazifik

China: ca. 10 Millionen Kriegstote von 1937 bis August 1945
Vietnam: 2 Millionen
Indonesien: 4 Millionen
Philippinen: 1,2 Millionen
Indien: 1,5 Mio (inkl. Nachbarländer)
Neuseeland: 11,625

Australien: 23,365
Korea: ca. 200 000 (einschl. Zwangsrekrutierter)

Thailand/Burma: 74 025 (Zwangsarbeit)

Japan: 3,1 Millionen (ca. 2,3 Mio. Angehörige der Streitkräfte und 800 000 Zivilbevölkerung — Bombardements der Städte, Atombombenabwurf und Okinawa/Sampan etc.

Die Angaben beruhen auf nationalen und internationalen Berechnungen.

lungsverfahren sind bisher nicht festgelegt). Die japanische Regierung spricht in einer international veröffentlichten Erklärung von der „Einsicht, daß die Handlungen Japans in der Vergangenheit Akte der Aggression und des Kolonialismus beinhalteten, so daß zahlreiche Menschen bis heute unsagbares Leid und Trauer zu erdulden haben ...“ und kündigt eine Internationale Friedens-, Freundschafts- und Austausch-Initiative an, die historische Forschung und den Austausch von Intellektuellen und Jugendlichen vorsieht und für die in 10 Jahren 100 Mrd. Yen, noch 1995 8,2 Mrd. Yen (= ca. 130 Mio. DM), zur Verfügung stehen sollen.

Obwohl Japan eine konsequente „Friedenspolitik“ verfolgt, Anstreben des Besitzes von Atomwaffen sicher keine Mehrheit in der Öffentlichkeit findet, Pazifismus zu den wichtigsten Grundströmungen des Lebens gehört, hat trotzdem eine Mehrheit des Parlaments dem Einsatz der sog. Selbstverteidigungstreitkräfte im Rahmen von VN-Einsätzen zugestimmt, ist der japanische Verteidigungsetat der zweithöchste in der Welt. Und: Japan verläßt sich auf den atomaren Verteidigungsschutz der USA und unterstützt die atomare Abschreckungspolitik der USA, die Regierung akzeptiert das atomare Monopol der fünf Atommächte, protestiert zwar gegen die chinesischen und französischen Atomtests, doch ohne besonderen Nachdruck. Protest-Demonstrationen, Boykott-Aufrufe finden nur geringen Zuspruch (am 1.9. in Tokyo Teilnehmer an einer Demonstration gegen die französischen Atomtests ca. 5000, bei einer Stadtbevölkerung von 12,5 bis 15 Millionen!).

Die Ambivalenz der offiziellen japanischen Haltung beruht weitgehend auf der verworrenen innenpolitischen Lage, auf dem Fehlen einer handlungsfähigen Opposition auf der Linken, außer der KPJ, auf dem Konformismus des innenpolitischen Diskurses, auf dem Niedergang der Sozialisten als mitgestaltende Kraft, die nach Regierungsbeteiligung in einem konservativen Kabinett und obwohl sie den Ministerpräsidenten, als „Marionette“ der konservativen Kräfte, stellen, vor Spaltung und Selbstauflösung stehen. Es gibt z.Zt. — außer den Kommunisten — in Japan keine politische Alternative. Hinzu kommen die Erschütterung des nationalen Selbstbewußtseins, nicht so perfekt (z.B. bei der der Bewältigung der Erdbebenschäden von Kobe) und nicht mehr die Nummer 1 der Welt zu sein, und der Verlust der Glaubwürdigkeit der politischen Parteien und Führungskräfte. Dazu würde ich gern in einem weiteren Beitrag Stellung nehmen.

Hagen Blau ist Japanologe und lebt in Düsseldorf.

Kampf um die Selbstorganisation der Bauern in Chiapas / Mexiko

Ein Bauernaktivist berichtet über die Entwicklung der Bauernbewegung

Ich heiße Francisco Javier García Ocampo. Im Jahr 1980 schloß ich mich der Bauernorganisation Emiliano Zapata — Nationale Koordination Plan von Ayala (OCEZ-CNPA) an. Ich möchte erzählen, wie sich die ganze Bauernbewegung entwickelt hat, wie unsere Organisation entstanden ist und trotz großer Hindernisse seit Mitte der 80er Jahre immer stärker wurde. (...)

Spaltung der Bauernorganisationen

Im Jahr 1993, als die Welle an Repression, Gewalt und Marginalisierung der Salinas-Regierung gegen unsere indianischen und nicht-indianischen Völker immer stärker wurde, regierte in Chiapas Patrocinio Gonzales Garrido, der in Wirklichkeit Bauernmörder heißt. Am 1. Januar 1994 begann der Aufstand des EZLN; zu Beginn waren wir überrascht, einige respektierten und bewunderten den Aufstand, anderen war es eher unangenehm, aber jetzt gelang uns, was wir solange vergeblich versucht hatten. Am 23. Januar konzentrierten sich die Kräfte der Bauernmassen und bildeten den gemeinsamen Rat CEOIC.

Dann begannen die Wahlen für den Gouverneur von Chiapas: Von oben wurde uns durch Fingerzeig ein Individuum mit dem Namen Eduardo Robledo Rincón vorherbestimmt, und es gab wie immer einen Wahlbetrug. Aber er konnte nicht lange auf dem Gouverneursposten bleiben, nach 56 Tagen mußte er von der Regierung abtreten. Das einzige, was er während seiner Regierung zustande brachte, war, ein paar scheinbar unabhängige Bauernorganisationen zusammenzurufen und aus diesen eine PRI-treue CEOIC, oder CEOIC-„Vorhut“, zu bilden. Erneut spaltete sich also in Chiapas die CEOIC. Einige Organisationen waren nur solange unabhängig, wie es ihnen opportun erschien. Nun trennte sich also die Spreu vom Weizen, es bildeten sich die CEOIC-„Vorhut“ und unsere demokratische CEOIC, die bis heute existieren. Auf der einen Seite gibt es heute die PRI-treuen Gruppen wie die UCD und auf der anderen Seite die radikalen und kämpferischen Bauernorganisationen wie die CIOAC (Unabhängige Zentrale der Landarbeiter und Bauern) und die OCEZ.

Entwicklung genossenschaftlicher Produktion

Wir setzten unsere politische Arbeit zur Stärkung der Organisation in den neun Regionen des Bundesstaates fort. Daraus entstand im Jahr 1994 eine von CIOAC und OCEZ koordinierte Filiale, die UREAFA (Regionale Union land- und forstwirtschaftlicher sowie agrar-industrieller Ejido-Genossenschaftler), in der ich heute arbeite. Die wichtigste Aufgabe der UREAFA ist, eine Lösung für das Landbesitzproblem indianischer und nicht-indianischer Bauern zu suchen. Außerdem gibt es Projekte im Produktionsbereich und unabhängig davon den Kampf um Infrastruktur, kommunale Basis-Dienstleistungen und andere Aspekte, die zur Gemeindeentwicklung beitragen. Wir arbeiten auch im Bereich der Bäuerinnen und ihrer Parzellen, die sogenannten „Agro-

Industriellen Einheiten der Bäuerinnen“ (UAIMC). In diesen begannen wir, Genossenschaften in handwerklichen Bereichen wie maschinelles Kleidernähen oder Maismühlen einzurichten. Außerdem verbessern wir die Verkehrswege, denn unglücklicherweise ist die Landschaft von Chiapas sehr unwegsam. Die Regionen Nord und Selva sind vollständig unzugänglich, es gibt fast keine Straßen. Wir überlegen also, wie wir diese Probleme lösen können.

In erster Linie arbeiten wir natürlich auch im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion: In den Gemeinden gibt es sehr fruchtbare Böden für den Anbau von Ananas, Orangen und Zitrusfrüchte sowie für Mais, Bohnen und auch Zuckerrohr. Aber vor allem ist es eine Produktion für die Selbstversorgung mit der traditionellen Anbautechnik der Brandrodung. Es reicht aber nur halbwegs für Ernährung. Daher sind wir den Bereich der Verkehrsanbindung angegangen, damit die Produkte aus der Region auf den Markt gelangen können, um ein Einkommen zur Verbesserung der Lebensbedingungen zu erzielen, aber nicht nur innerhalb der Familie, sondern für die ganzen Gemeinde. Es gibt Gemeinden im Innersten der Selva, die kein spanisch — oder, wie sie es nennen, „kastilisch“ — können, also einsprachig sind. Achtzig Prozent der Gemeinden sind zweisprachig. Es gab Fortschritte in den landwirtschaftlichen Projekten mit Mais, Bohnen und Kaffee und mit den Gärten für die familiäre Selbstversorgung. Die Gartenprodukte tragen zur Wirtschaft des Haushalts bei und haben einen erheblichen Ernährungseffekt, denn in den Gemeinden gibt es einen hohen Grad an Unterernährung, die häufig den Tod zur Folge hat. Es sterben zehn bis zwölfjährige Kinder. Aus sechs Gemeinden ... gibt es schreckliche Erfahrungen. Allein in Tiozol starben innerhalb eines Monats elf Personen an heilbaren Erkrankungen wie erhöhte Temperatur, Fieber, Durchfall oder Darminfektion. Es sind Gemeinden, in denen niemand lesen oder schreiben kann, weil sie nie einen Lehrer kennengelernt haben oder jemand anderes, der ihnen einen Buchstaben beibringt. Es ist eine sehr traurige Geschichte, die sich hier in unseren Gemeinden am Ende des 20. Jahrhunderts ereignet.

Ausbildungsprobleme

In der Landwirtschaft geht es uns um die Verbesserung der Produkte in der Region: Bei der Maispflanze gibt es Schmetterlinge und Würmer, die Kolben fressen, und den Käfer „Gallinita Ciega“, der direkt die Wurzel angreift. Es gibt aber keine Grundkenntnisse über die kontrollierte Anwendung von Agrarchemie und Dünger. Mit dem wenigen Geld, das sie haben, gehen die Bauern zum Markt und kaufen chemische „inputs“ mit für sie unklaren Gebrauchsanweisungen. So kommt es oft vor, daß eine unangemessene Dosis gestreut wird, was zur Folge hat, daß die Maispflanzen oder Bohnensträucher sich innerhalb eines Monats gelb färben und sterben. Dies passiert auch mit den Kaffeepflanzen, was noch schlimmer ist, weil der Kaffee ihr wichtigstes Produkt für die Erwirtschaftung von Einkommen ist. Denn selber trinken sie

keinen Kaffee, sondern nur Tee aus Orangenblättern, Limonen oder Zitronengras. Der Kaffee hat zwei Hauptkrankheiten: die „Roya“ (Kaffeerost-Pilz) und die „Broca“ (Bohrkäfer). Der Kaffeeanbau erfolgt auf traditionelle Weise: Nach der Aufzucht der Setzlinge gibt es keine Beschneidung, Düngung oder Schattenregulierung. Wenn sich z.B. eine Kaffeepflanze schwach entwickelt, soll sie mit Phosphat-Dünger behandelt werden. Aber sie wissen nicht, wie der Dünger angewendet werden muß, und die Kaffeefrucht fällt von der Pflanze kurz vor der Reife. Dann haben sie auch mit der Ernte kein Glück und verlieren die Einnahmen, die sie zum Kauf von allem, was zum Grundnahrungsmittelkorb gehört, wie Zucker, Salz oder Petroleum, benötigen.

Dann müssen sie woanders Arbeit suchen, auf Kaffeefincas oder in anderen Regionen und sich dort als Landarbeiter verdingen. Andere gehen ... in die Städte als Tagelöhner. Aber weil sie nicht lesen und schreiben können, finden sie nur schlecht bezahlte Arbeiten, z.B. als Küchen- oder Bäckerhilfen, Schuhputzer, Kaugummiverkäufer oder Hausangestellte. Sie arbeiten zwei bis drei Monate in den Städten und kehren dann in ihre Gemeinden mit etwas Geld zurück, um Lebensmittel, Medizin und Kleidung für die Kinder zu kaufen.

Sie haben den Brauch, sich für die Osterwoche oder zu Weihnachten neu einzukleiden. Es ist ein großes Problem mit den Produktions- und den Erwerbsmöglichkeiten der Gemeinden.

Mühsamer Aufbau einer Infrastruktur

Zwischen 1980 und 1990 wurde durch die Anstrengung, die Beratung, die Unterstützung und die Beteiligung der Gemeinden der Bau von Straßen erreicht. Dies gelang durch Druck auf die für Straßenbau zuständigen Behörden wie den Lokarat für das Wegenetz (Junta Local de Caminos) und das Ministerium für öffentliche Baumaßnahmen (Secretaría de Obras Públicas). Wir erreichten, daß sie Traktoren und Baumaschinen schickten und Wegschneisen anlegten, auf denen die Gemeinden dann mit Fahrzeugen ihren Kaffee und andere Agrarprodukte ... auf Märkte bringen konnten.

Aber dies bedeutet noch keinen großen, befriedigenden Fortschritt; es ist ein minimaler Schritt für die Gemeinden der Selva Lacandona, der Grenz-Region und der Region Siete Sierras, die aus geographischen Gründen weiterhin schwer zugänglich sind.

Andererseits gibt es beispielsweise in der Region Soconusco dieses Problem nicht, da die Landschaft überwiegend eben oder nur leicht hügelig ist. Dort sind Straßen, Krankenhäuser, Schulen und Vermarktungsmöglichkeiten für Agrarprodukte vorhanden.

Landvertreibung

(...) Es gab und gibt heute eine Krise bei den Bauernorganisationen, die sich noch verschärft hat durch die Rückschritte in den Gesprächen zwischen EZLN und Regierung. Die Militarisierung, die die Regierung in den ländlichen Zonen von Chiapas durchführt, hat



dazu geführt, daß die landwirtschaftliche Produktion zum Erliegen gekommen ist. Es entstand ein neues Landbesitzproblem: Die Campesinos wurden von ihren Feldern vertrieben und bleiben dadurch ohne Land für den Anbau.

Vorher bauten sie Mais und Bohnen an und verkauften davon eine Teil. Diese Möglichkeit haben sie jetzt verloren. Sie mußten von Freunden woanders Landstücke leihen. Aber weil es zu viele Vertriebene sind, können nicht alle auf diese Weise Hilfe bekommen. Viele müssen Parzellen von Großgrundbesitzern pachten, die 200 neue Pesos pro Hektar kassieren. Außer dieser Jahrespacht für die Parzelle müssen sie zusätzlich zum Ende des Produktionszyklus 25% ihrer Ernte an den Großgrundbesitzer abtreten. Dies hat die ökonomische Situation der indianischen Gemeinden aus der Konfliktzone noch einmal kompliziert.

Unter den aktuellen Bedingungen, wie wir sie jetzt erleben und wie sich die Gespräche am Verhandlungstisch San Andrés Sacamch'en de los Pobres entwickeln, erscheint es jeden Tag schwieriger, daß die Probleme auf eine friedliche Weise gelöst werden können. (...) Aktuell hat die Regierung eine sehr harte Position eingenommen, in der sie Hindernisse und Fallen aufstellt, mit denen sie die Suche nach einer gangbaren Alternative für einen politische Lösung im Staat Chiapas verhindern will. Die Position der Regierung läßt sich als geistige Verschllossenheit bezeichnen, ohne Wille zu einer baldigen Lösung des chiapanekischen Konfliktes.

Die Regierung beschäftigt sich vor allem damit, Schläge auszuteilen und die Repression gegen diejenigen Organisationen zu verstärken, die die Einheit und gegenseitige Stärkung für eine friedliche Lösung suchen. Die Regierung hat zwei Gesichter: In den Massenmedien diffamiert sie die zapatistische Bewegung und behauptet, daß sie auch ohne die EZLN die aktuellen Probleme lösen wird. Dies alles ist aber eine Lüge, denn hinter dem Rücken werden auf Befehl des Staates Bauern und Vorsitzende von Organisationen ermordet. Die Regierung irrt sich, wenn sie glaubt durch Morde mit dem Kampf der Bauernbewegung Schluß machen zu können. Denn das Blut, das unsere Compañeros vergossen haben, hat nur unseren Geist gestärkt, weiter dafür zu kämpfen, einen Frieden in Gerechtigkeit und Würde zu erreichen.

gh/ZAPAPRES, Mexiko Nachrichten Import, Große Brunnenstr. 74, 22763 Hamburg, Tel. 040/3906898, Fax: 040/3904512. — Der Artikel wurde stark gekürzt. Zwischenüberschriften von der Redaktion. (Quelle: CL-Netz)

Alfred Dregger sprach als Festredner auf dem Vertriebenenentreffen in Stade

Zusammenarbeit von Vertriebenen und Rechtsradikalen in der Region Kaliningrad

Am ersten Septemberwochenende führte die Kreisgemeinschaft Goldap ihr diesjähriges „Hauptkreis-treffen“ in Stade durch. Als Festredner zur „Feierstunde“ am Sonntag war Alfred Dregger eingeladen. Dregger ist Ehrenvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, er gilt dort als strammer Rechtsaußen und lautstarker Förderer der Vertriebenenverbände.

Der Kreisverband Stade der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) hatte im Vorwege des Treffens umfangreiches Dokumentationsmaterial an die Stader Kommunalpolitiker und die örtliche Presse geleitet, das in den nun folgenden Absätzen zusammengefasst ist.

Die landsmannschaftliche Kreisgemeinschaft Goldap

Goldap ist eine Stadt im Nordosten Polens und war bis 1945 Kreisstadt in Ostpreußen. Die Kreisgemeinschaft Goldap wurde 1948 unter Federführung von Dr. Karl von Buchka gegründet. Von Buchka war von 1932 bis 1945 Landrat im damaligen Kreis Goldap und seit 1933 Mitglied der NSDAP. Mit der Formierung der Landsmannschaft Ostpreußen Ende 1948 wurde die Kreisgemeinschaft Goldap dort als „Heimatkreisvereinigung“ eingebunden. Sie versteht sich als Exilparlament für den ehemaligen Kreis Goldap, der im Südteil als „polnisch verwaltet“ und im Nordteil als „russisch verwaltet“ bezeichnet wird. Seit 1952 besteht eine Patenschaft zwischen dem Landkreis Stade und der Kreisgemeinschaft Goldap, seit 1964 gibt es eine Patenschaft auch auf Stadtebene. Die Kreisgemeinschaft Goldap gibt alle zwei Monate eine Zeitschrift *Die Heimatbrücke* heraus. Daraus erfährt man, daß die Kreisgemeinschaft seit 1992 umfangreiche „Hilfstransporte“ in den Osten der Region Kaliningrad, der früher zum Kreis Goldap gehörte, organisiert. Die

„Hilfslieferungen“ werden seit 1994 intensiviert, und es werden jetzt Personen gesucht, die vor Ort „Aufbauarbeit“ leisten sollen. Seit Anfang der 90er Jahre sind in dieser Region auch Rechtsradikale aktiv, um dort für eine „Regermanisierung“ zu sorgen. Engagiert in der Region Kaliningrad sind auch der Faschist Siegfried Godenau und Nazi-Terrorist Manfred Roeder. In der Ortschaft Karamysevo geht Roeders „Hilfe“ an Frau Regina Groß.

Regina Groß übernimmt auch für die Kreisgemeinschaft Goldap eine Verteilerfunktion für „Hilfslieferungen“, sie findet ebenfalls Erwähnung in den Rundschreiben der „Aktion Deutsches Königsberg“ von Dietmar Munier.

„Bauhandwerker für Ostpreußen gesucht...“

Aufs engste arbeitet Manfred Roeder mit dem Bauingenieur Hans-Dietrich Otto, ehemaliges NPD-Mitglied, und mit dessen Firma „Basis Hoch- und Tiefbau“ zusammen. Die Häuser in Manfred Roeders Siedlungsvorhaben „Birkenhöhe“ werden von Otto und der Firma „Basis“ errichtet.

Die Kreisgemeinschaft Goldap macht aktiv Werbung für H.-D. Otto und die Firma „Basis“ unter dem Titel „Pensionierte Bauhandwerker für den russischen, nördlichen Teil des Kreises gesucht“ (*Die Heimatbrücke* Nr. 3/94).

Direkt oder indirekt arbeitet die Kreisgemeinschaft Goldap vor Ort also mit den gleichen Personen zusammen, die auch Mittelsleute von Rechtsradikalen sind.

Daß die deutsche „Hilfe“ nicht bei allen gern gesehen ist, und welcher Ansicht dort Lebende sind, schildert ein Landwirt, der im Mai 1994 für die Kreisgemeinschaft Goldap Aufbauarbeit in Cistye Prudy leistete: „Nicht alle dortigen Bewohner sind freundlich, viele sind sehr stolz, manche ablehnend, fragen nach dem Warum der deutschen Hil-

fe, ihrem Sinn. Es gibt, leider, viele Deutsche dort, die aus ihrer, verharmlost gesagt, konservativen Einstellung keinen Hehl machen.“ (*Heimatbrücke* 5/94)

Ein weiteres Zeichen sind die Worte von Prof. Dr. Wolfgang Strybny aus Flensburg, Festredner beim Goldaper Heimattreffen 1994 in Stade: „Der gegenwärtige Zustand des Landes ist jedoch unhaltbar. 400 km trennen Nordostpreußen von Rußland. (...) Die Hinwendung zu Deutschland wird kommen. Wer sollte sich der Russen in Nordostpreußen auch annehmen. Ostpreußen wird zum Brückenland, und Deutsche sollten dort arbeiten im Entwicklungsdienst, ohne Tropentauglichkeit zu benötigen. Ein neues Preußen wird entstehen, der Eckpfeiler Europas...“

Der Goldaper Kreisvorsitzende Stephan Grigat (Jahrgang 1964) wohnt in Detmold und ist dort unter anderem Ortsvorsitzender der CDU und Kreisvorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen.

Keine Unterstützung für Landsmannschaften

In ihrer Erklärung vom 12. August fordert die VVN/BdA u. a. die Kündigung der Patenschaften mit der Kreisgemeinschaft Goldap. Die örtliche Presse berichtete ziemlich ausführlich, auch mit Auszügen aus der Erklärung der VVN/BdA. Die Kreistagsfraktion der SPD kündigte daraufhin eine Überprüfung der Patenschaft an, Bürgermeister Dabelow (SPD) sagte die Teilnahme am Treffen des Vertriebenenverbandes ab.

Die Stader *Kreisspitzen*, Oberkreisdirektor Ebel und Landrat Wilke (beide CDU), sowie der CDU-Bundestagsabgeordnete Eylmann nahmen den Vertriebenenverband in Schutz.

„Sie beschimpften die VVN/BdA und griffen die SPD an, sie würde die Worte „von Kommunisten für bare Münze nehmen“.

Weil die Lokalpresse aber mehrere Redepassagen von Vertriebenenfunktionären aus den letzten Jahren zitierte und damit die revanchistische Zielsetzung der Vertriebenenverbände offenlegte, befanden sich ihre Fürsprecher in der Defensive.

Trotzdem wurden auf dem diesjährigen Treffen deutliche Worte gesprochen: Am Samstag hielt Dr. Rainer Jaschke, Volkswirt aus Stelle/Landkreis Harburg, einen Vortrag „Deutsches Kapital als Schubkraft für Ostpreußen“. Er forderte die Rückgabe des Eigentums der Vertriebenen, das nach dem zweiten Weltkrieg von den Alliierten beschlagnahmt wurde.

In seinem Grußwort zur „Feierstunde“ am Sonntag verteidigte Landrat Richard Wilke die Patenschaft mit der Kreisgemeinschaft Goldap „ohne Wenn und Aber“.

Auf kommunaler Ebene wird die Sache in jedem Fall ein Nachspiel haben: die Unterstützung der Vertriebenenverbände ist öffentlich in Kritik geraten.

Die nächste Auseinandersetzung könnte für den 24. September bevorstehen: zum „Heimattreffen“ lädt der BdV/Kreisverband Stade in den Stader Rathausaal ein. Gastredner dort wird Helmut Kamphausen sein. Kamphausen ist häufiger Autor im *Ostpreußenblatt* und rechter Scharfmacher.

Gebietsansprüche gegen die Staaten Osteuropas begründet er mit „preußischer Tradition“; er betreibt Stimmungsmache gegen Polen, indem er zum Beispiel im *Ostpreußenblatt* vom 19. August einen Hetzartikel über ein polnisches Kriegsgefangenenlager für Nazis und deutsche Soldaten überschreibt: „Wehrlos unter Bestien“. Mit Bestien sind dabei die das Lager bewachenden polnischen Soldaten gemeint.

Auch hier wird die VVN/BdA öffentlich machen, welchen politischen Zielen dieses Treffen dient.

— (VVN/BdA Stade, aus Platzgründen v. d. Red. gekürzt)



Heidelberg. Am Antikriegstag protestierten zahlreiche Leute in der Heidelberger Innenstadt.

Der Riederwaldtunnel ist eine Scheinlösung

Frankfurt. Am 16. Juni und erneut am 7. September richtete das „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ ein Schreiben an Oberbürgermeisterin Roth. Darin wird die „entschiedene Befürworterin des Autobahnbaus durch den Riederwald“ um ein öffentliches Gespräch gebeten, um dem Bündnis die Darlegung der Argumente gegen diese Planung zu ermöglichen. Bis heute gab es keine Reaktion.

Der Riederwaldtunnel, den auch Frau Roth befürwortet, wird nicht vor 2005 fertiggestellt sein. Die Anwohner haben eine 10-jährige Baustelle zu erwarten, bis dahin keine Verkehrsberuhigung und danach eine geschätzte Verdreifachung des bisherigen Verkehrsaufkommens auf 90000 Fahrzeuge. Bisher dort nicht vorhandener Fernverkehr wird dann durch Frankfurt geführt (A/- A66/A661/A5). Weitere Konsequenz ist außerdem der achtspurige Ausbau der Ostumgehung und der Bau des Alleentunnels, beides schon planfestgestellt.

Ausbaumaßnahmen am Offenbacher und Homburger Kreuz und an den Aus-

fahrten der A661 sind vorprogrammiert.

4000 Unterschriften wurden bisher gegen diese Pläne und für den vorrangigen Ausbau des Schienenverkehrs gesammelt. Argument genug, um sich damit auseinanderzusetzen. Oder hält es Frau Roth lieber mit dem schönen IAA-Motto: „Auto — echt gut!“? — (udi)

Überplakatieraktionen in Bremerhaven gegen DVU

Bremerhaven. Um die 70 Leute versammelten sich am 31. August in Bremerhaven, um an einer öffentlichen Überplakatieraktion gegen die DVU teilzunehmen. Aufgerufen zu dieser Aktion hatten JRE, IG Metall-Jugend, Inisiatif Antifa Genclik, SAV, Grüne Jugendinitiative und die PDS. Das Bündnis wollte in aller Öffentlichkeit deutlich machen, daß Nazi-Plakate, die ausländische KollegInnen und MitbürgerInnen bedrohen, einfach nicht geduldet werden.

Die Polizei sah das anders. Sie nahm willkürlich Personalien auf, drohte mit Anzeigen und kündigte an, die Adressen an die DVU weiterzugeben. Die Videokassette, die sich in einer Kamera des Offenen Kanals befand, wurde weg-

WIESBADENER BRANDANSCHLAG

Vier Kurden wurden freigesprochen

Ein Wiesbadener Gericht hat am 14. September vier kurdische Angeklagte in einem wichtigen Prozeß freigesprochen.

Anlaß war der Brandanschlag auf eine türkische Einrichtung in Wiesbaden am 4. November 1993, bei dem ein türkischer Staatsangehöriger ums Leben kam. Mit dem Wiesbadener Anschlag und der Geiselnahme im türkischen Generalkonsulat in München im Juni 1993 hatten Kanther und Konsorten im November 1993 ganz wesentlich ihre Verbote gegen die kurdischen Vereinigungen und das Betätigungsverbot gegen die PKK und die ERNK begründet.

Das Gericht in Wiesbaden begründete nach Presseberichten seinen Freispruch im wesentlichen mit Verfahrensfehlern der Polizei. So soll die Wiesbadener Polizei zwei der beschuldigten Kurden gegenüber späteren Belastungszeugen regelrecht „präpariert“ haben, indem sie mit weißen Umhängen kenntlich gemacht wurden, um dann von den Zeugen

bei einer polizeilichen Gegenüberstellung „erkannt“ zu werden. Auch für den Vorwurf einer angeblichen „Steuerung“ der Aktion durch PKK und oder ERNK sah das Gericht am Ende keine für ein Urteil ausreichenden Anhaltspunkte gegeben.

Der jetzt vom Gericht ausgesprochene Freispruch bedeutet: Es gibt keine gerichtlich verurteilten kurdischen Täter für diesen schlimmen Anschlag. Kanthers Behauptung, dieser und andere Anschläge seien von der PKK gesteuert und veranlaßt worden, ist weiter durch kein gerichtliches Urteil gestützt.

Das endgültige Urteil des Bundesverwaltungsgerichts über den Widerspruch der kurdischen Vereine gegen die 1993 über sie verhängten Verbote steht noch aus. Nach dem Wiesbadener Urteil ist Kanthers Position vor diesem Gericht weiter geschwächt.

Quellen: „Frankfurter Rundschau“ und „Kölner Stadtanzeiger“, 15.9.95 – (rül)

HESSEN

Weißer Kittel verdecken braune Kontinuität

Im Zentrum der Gynäkologie und Geburtshilfe der Frankfurter Universitätsklinik hängen vier Bildtafeln, auf denen führende Gynäkologen aus der Zeit des deutschen Faschismus wegen ihrer wissenschaftlichen Leistungen und Verdienste für die Universitäts-Frauenklinik geehrt werden.

Im Zentrum ist bekannt, daß es sich dabei um aktive Unterstützer des Nationalsozialismus und seiner menschenverachtenden „Rassenhygiene“ handelt. Dennoch weigert sich das Direktorium des Zentrums, Konsequenzen aus diesem Wissen zu ziehen.

Eine studentische Arbeitsgruppe beschäftigte sich in einer Ausstellung kritisch mit der Rolle der Frankfurter Gynäkologen L. Seitz, H.-C. Naujoks (sen.) und H. Guthmann bei der Propagierung und Umsetzung der nationalsozialistischen Rassenhygiene. Ihr Eintreten für Zwangssterilisationen wird anhand historischer Dokumente und neuerer For-

schungsergebnisse dargelegt. Am Anfang der Umsetzung der Rassenideologie stand die „Säuberung“ des ärztlichen Berufsstandes und der Universitäten von Juden. An ihrem Ende steht Auschwitz.

Gleichzeitig forcierten nationalsozialistische Ärzte immer skrupelloser ihre Rassenhygiene. Eugenik – das hieß „Auslese und Ausmerze“, das hieß auf der einen Seite die kompromißlose Ablehnung der sozialen Indikation bei „rassistischen Hochwertigen“ und die Verpflichtung der Frauen auf die Lieferung gesunder „Volksgenossen“. Das hieß Zwangssterilisationen und Zwangsabtreibungen bis zur „Euthanasie“, der Ermordung kranker Menschen. Nach dem Krieg blieben die Täter in Amt und Würden. Die lebenden Zwangssterilisierten warten bis heute auf ihre volle Anerkennung als Opfer nationalsozialistischen Unrechts.

aus: HessenPost Nr. 23, Informationen der VVN/BdA Hessen

gerissen. Später wurde behauptet, sie wäre freiwillig abgegeben worden. Auch die Plakate wurden beschlagnahmt. Obwohl die Polizeibeamten meinten, es ginge alles mit rechten Dingen zu, war keiner bereit, seinen Namen oder seine Dienstnummer anzugeben.

Die InitiatorInnen der Aktion wollen sich trotzdem nicht einschüchtern lassen und weiterhin deutlich machen, daß Nazis nicht ins Parlament gehören und ihre rassistischen Parolen in der Stadt nicht geduldet werden. Sie fordern Rückgabe der beschlagnahmten Gegenstände und Rücknahme der Anzeigen.

– (Mitteilung JRE Bremerhaven, Ch.I.)

Prozeß gegen Worch und Winkel verschoben

Fulda. Wie vom Landgericht Fulda zu erfahren war, wird der geplante Prozeß gegen Christian Worch und Dirk Winkel bezüglich des Hess-Gedenkmarsches in Fulda vom 14.8.93 nicht wie geplant im September, sondern frühestens im Oktober/November stattfinden. Worch wird angeklagt wegen Vergehens im Sinne des §25 Abs. 1 Versammlungsgesetz (Durchführung von Anmeldung abweichend), Winkel wegen Anmeldens

einer Veranstaltung unter unzutreffenden Anfragen.

Wie das Landgericht auf Nachfrage weiter bekanntgab, ist es durchaus möglich, daß es nicht zu dem Prozeß kommt, sondern die Sache mit einem Vergleich abgetan werden könnte. Die Einschätzung, daß der Prozeß lediglich zur städtischen Imagepflege angestrengt wurde, scheint sich zu bestätigen. Der Grund der Anklage ist eine Bagatelldelikt, Straftaten, die während des Aufmarsches begangen wurden, sind heruntergespielt worden, um das Fehlverhalten der Polizei nicht rechtfertigen zu müssen. Körperverletzung, Tragen verbotener Symbole und weitere Delikte auf seitens der Faschos sowie Strafvereitelung im Amt auf seitens der Polizei kommen in keiner Weise zur Sprache.

– (Antirassistisches Telefon Fulda)

Am 1. Oktober abstimmen für mehr Demokratie in Bayern

Augsburg. Mit riesigen Plakaten greift die CSU den Entwurf der Bürgerinitiative „Mehr Demokratie in Bayern“ als einen an, der zur Diktatur der Minderheiten und zum Verlust von Arbeits-

BRUCHSAL

Christian Klar im Hungerstreik

Christian Klar, Gefangener aus der RAF, ist am 1.9.95 in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. In seiner Hungerstreikerklärung vom 3.9. begründet er den Schritt:

Es gibt eine ganze Reihe von Problemen, die ein Gefangener aus eigener Kraft lösen kann. Wenn ein Minimum an Bewegungsfreiheit innerhalb eines Knastes oder eines Flügels existiert, die Zusammensetzung der Gefangenenbelegung nicht völlig manipuliert werden kann (also anders als in kleinen Abteilungen oder „Wohngruppenvollzug“), findet sich immer eine Spur von Beziehungen, die zu solidarischem Handeln entwickelt werden kann. Da ist ein Boden, auf dem ein Kampf gegen die Erniedrigung und gegen die unzähligen Restriktionen des „Knastalltags“ aus eigener Kraft aufgenommen werden kann und auch zu positiven Erlebnissen führt.

Der Alptraum beginnt da, wo der Knast bzw. die übergeordneten Behörden die weitergehende oder vollständige Absonderung anordnen (wie hier in Bruchsal, seit nun bald einem halben Jahr, bei Ivan Jelincic) oder wo sie die Isolierung nach draußen zuspitzen (durch die Besuchsbedingungen, Besuchsverbote, Postzensur) oder wo sie Erkrankungen von Gefangenen gezielt zur Schwächung der Widerstandskraft ausbeuten (durch Verschleppung oder Verweigerung angemessener medizinischer Behandlung).

Und natürlich gehört dazu die Doktrin, gemeinsame Unterbringung der politischen Gefangenen zu vereiteln.

Hungerstreik ist eine Kampfform, die diese Brücke nach draußen sucht. Es ist der kämpferische Vorschlag, für eine Zeit und für ein konkretes Ziel die Kräfte zusammenzutun.

Vergangen Freitag habe ich den folgenden Zettel zur Anstaltsleitung gegeben:

1.9.95

Ab heute bin ich im unbefristeten Hungerstreik

für die Aufhebung aller verhängten Besuchsverbote;

für die Zulassung von bis zu drei Personen bei Besuchen, wie es hier allgemein möglich ist;



für die Aufhebung des Telefonverbots; für die Achtung meines Rechts auf Briefkontakte

Zu den Besuchsverboten:

Die wurden verhängt gegen: Günter Sonnenberg, Bernd Meyer (ein ehemaliger Gefangener, der nach der Knastrevolte 1990 in Fuhlsbüttel nach Bruchsal zwangsverschoben wurde und 1994 entlassen worden ist), Irmgard Möller, Lutz Taufer, Manuela Happe, Stefan Wisniewski (das betrifft einen Antrag auf „Besuchszusammenführung“, im Zuge eines Transports, der Stefan nach Baden-Württemberg bringen würde).

Die Besuchsverbote wurden jeweils damit begründet, daß die Besuche „schädlichen Einfluß“ auf den Gefangenen haben würden, der dem „Vollzugsziel“ entgegensteht.

Zur Zensur:

Ich kenne eine absolut zerstörende Zensurpraxis aus den Jahren 82 bis 89, nach dem HS (Hungerstreik – Red.) im Jahr 89 veränderte sich die Sache zum Besseren, nun kehrt es sich seit einer Weile wieder um, neben unzähligen „wildem“ Postanhaltungen (nach Tageslaune des Zensors) sind auch hier Schwerpunkte festzustellen:

Nachdem eine Gefangene aus Action Directe versuchte, einen Briefwechsel zu beginnen, wurde jeder politische Text aus der Diskussion der Gefangenen in Frankreich angehalten. Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf der Behinderung der Diskussion mit Genossen in Berlin, die sich stark für eine Auseinandersetzung um die deutschen nationalen Strömungen (auch in der Linken) einsetzen.

plätzen führe. Patricia Roob von der Volksbegehrensinitiative stellt die Erfahrungen aus der Schweiz und den USA dagegen, die mit durchweg niedrigen Hürden für Bürgerentscheide gut zurechtkommen. Sie sieht in der CSU-Hetze ein Versuch, Bürgerentscheide überhaupt unmöglich zu machen: „Die CSU hat Hürden aus anderen Bundesländern übernommen, wie z.B. das 25%-Quorum und den umfangreichen Katalog von ausgeschlossenen Themen. Das hat aber offensichtlich noch nicht gereicht. Darüber hinaus ließen sich die Verfasser noch Schikanen einfallen, die es in keinem anderen Bundesland gibt. Zum Beispiel dürfen die Unterschriften für das Bürgerbegehren nur in Amtsräumen abgegeben werden. Alle Augsburgerinnen und Augsburger, die am 1. Oktober für den CSU-Entwurf stimmen, stimmen deswegen dafür, daß in ihrer Heimatstadt niemals ein Bürgerentscheid stattfinden wird!“ – (Patricia Roob)

Bald ein Recht aufs eigene Girokonto?

Köln. Ohne Girokonto geht heute so gut wie nichts mehr, weder der Zahlungs-

verkehr mit der Arbeitsstelle, noch der mit dem Vermieter. Die Post war verpflichtet, jedem, der es wollte, ein preiswertes Postcheckkonto einzurichten. Seitdem die Post privatisiert ist und keine Monopolstellung mehr hat, ist sie auch nicht mehr verpflichtet, jedem Menschen ein Girokonto einzurichten. Somit hat sie begonnen, sich von unliebsamen (einkommensschwachen Sozialhilfeempfängern etc.) Kunden zu trennen.

In Köln haben dadurch Zehntausende ihr Konto verloren. Das Recht auf ein Girokonto wurde so zu einer zentralen sozialen Frage. Die Post hat die Gebühren für die Auszahlung von Sozialhilfeschecks (Empfänger hat in diesem Fall kein Konto) drastisch erhöht. Die Kosten lagen bei der Stadt. Welche daraufhin mit der Stadtparkasse einen Vertrag abgeschlossen hat: Die Stadtparkasse verpflichtet sich, fast allen Sozialhilfeempfängern ein besonders Konto einzurichten. Die Eröffnung des Kontos erfolgt bei der Antragstellung auf Sozialhilfe durch den zuständigen Sachbearbeiter. Auch andere Menschen ohne Girokonto sollten mal beim Sozialamt nachfragen.

– (M.W., Lokalberichte Köln)

Kyritzer Reminiszenz

Wann hat es das in den letzten fünf Jahren schon gegeben — eine PDS-Veranstaltung, bei der die erklärten Gegner der PDS erscheinen, protestieren und ihre Standpunkte glashart darstellen? Am 2. September, bei der Bodenreformkonferenz in Kyritz, ist es geschehen. Die der PDS nahestehende Stiftung „Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V.“ und eine regionale Aufrufgruppe aus der Prignitz hatten anlässlich des 50. Jahrestages der größten deutschen Landreform eingeladen, und über 300 Landwirte, Wissenschaftler und andere Gäste kamen, um dieses Ereignis gebührend zu würdigen.

Schon im Vorfeld hatte die Konferenz in der großbürgerlichen Presse für Aufsehen gesorgt. In einem FAZ-Artikel des Sprechers der Alteigentümerverbände, OLG-Präsident a. D. Prof. Rudolf Wassermann, wurde die Veranstaltung in Kyritz als eine „unverschämte Unverfrorenheit“ der PDS bezeichnet, die man nicht widerspruchslos hinnehmen dürfe.

Diesem Aufruf folgend kamen denn auch 30 seiner Anhänger vom „Heimatverdrängten Landvolk“ und anderen Alteigentümerverbänden und gaben ihrer Wut über die „SED-PDS-Agitatoren“ Ausdruck. Mit Spruchbändern und Flugblättern, deren Inhalt fatal an das Vokabular des kalten Krieges erinnerte, wobei die Autoren aber scheinbar nicht über das Niveau des Geschichtsunterrichts einer bayerischen Grundschule hinausgekommen waren, wurde die Bodenreform als stalinistisch-kommunistischer Willkürakt gegen den deutschen Bauernstand dargestellt.

Die Konferenz selbst zeichnete ein differenziertes Bild der Ereignisse vor 50 Jahren in den Dörfern und Gemeinden der damals sowjetisch besetzten Zone Deutschlands. Besonders im einführenden Referat stellte Prof. Siegfried Kuntsche, Mitglied der Historischen Kommission der PDS, in 10 Thesen die Bodenreform in den geschichtlichen Kontext des vom deutschen Faschismus und Militarismus angezettelten und in die Katastrophe führenden 2. Weltkrieges und dessen Folgen. Zweifellos kam es im Zuge der Reform zu Willkürakten, Denunziationen, Ausweisungsaktionen und Repressionen, was ihren demokratischen Charakter nachhaltig beschädigte. Aber dennoch



„Herrentage aus“ — unter solchen Parolen wurden nach 1945 im Osten insbesondere Junker und Kriegsverbrecher enteignet, das Land an Bauern und Landlose verteilt.

„ließ sie als erste sozialökonomische Strukturreform auf dem Weg zu einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung Tatbestände entstehen, die bis zum heutigen Tag die gesellschaftliche Entwicklung beeinflussen“.

Damit war auch der Bogen zu den aktuellen Auseinandersetzungen um die Ergebnisse der Bodenreform im deutsch-deutschen Einigungsprozeß geschlagen, denen sich Dr. Hans Watzek, als Agrarminister der Modrow-Regierung, und nachfolgend eine Reihe von DiskussionsrednerInnen widmeten. Immerhin stehen 1,5 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche und 800.000 Hektar Wald zur Disposition. Diese Flächen, die aus der Bodenreform stammen und in den Jahren der DDR dem volkseigenen Bodenfonds zugefallen waren, sind Objekt der Begierde der Alteigentümer.

„Dieses Land würde ihnen rechtmäßig zustehen“, so Frau Rohde, eine Sprecherin der Alteigentümer. Weder das Karlsruher Bodenreformurteil von 1991 noch das darauf fußende Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (das Interessen der Alteigentümer komfortabel berücksichtigt, d. A.) wolle man als gegeben hinnehmen und bis zur

letzten Instanz dagegen klagen.

Auf den Punkt brachte die Debatte die Bundestagsabgeordnete der PDS, Prof. Christa Luft, indem sie die Bodenpolitik in dieser Bundesrepublik Deutschland aus der gesamtökonomischen Sicht betrachtete. Gewinner der Auseinandersetzungen um den ostdeutschen Grund und Boden sind nur die Banken, die den riesigen Fonds zur Privatisierung übergeben bekommen haben und ihn profitorientiert langfristig auf den Bodenmarkt bringen werden.

Damit kontrollieren sie nicht nur agrarstrukturelle Entwicklungen, sondern auch Mieten, Wohnungsbau und die gesamtstrukturelle Entwicklung im Osten. Dieses Ziel steht auch hinter allen eigentumsrechtlichen Gesetzen der Bundesregierung, die sich ihrerseits die persönliche Betroffenheit und auch die Einzelschicksale von sogenannten Bodenreformopfern zunutze macht, um im Zuge des vielbeschworenen „Interessenausgleichs“ ostdeutsche Betriebe und Einzelpersonen vom Bodenerwerb auszuschließen bzw. deren Möglichkeiten zu beschneiden.

Dabei kann der verfügbare Umfang an Grund und Boden für die Banken gar nicht groß genug sein. Konrad Hein

vom Verein zur Verteidigung der Bodenreform Rostock veranschaulichte einer Reihe von Beispielen, wie Mecklenburg-Vorpommern und anderswo Erben von Bodenreformgrundstücken, die sich nach dem Modrow-Gesetz von 1990 grundbuchamtlich haben eintragen lassen, jetzt flächendeckend überprüft und in nicht geringem Umfang zur Auflassung — also kostenlose Übergabe an den Fiskus — ihrer Grundstücke aufgefordert werden. Allein in nordöstlichen Bundesland handelt es sich um schätzungsweise 18.000 Hektar, die jetzt in Waigels Hände und damit zu den Banken wandern.

Dagegen ist dringend Widerstand geboten, ist es doch ein weiteres Zeichen wie die Ergebnisse der Bodenreform schleichend, Fall für Fall, ausgehebel und zurückgedreht werden.

Ein Zyniker sprach unlängst davon, daß die innere deutsche Einheit dann endgültig vollzogen sei, wenn der letzte Ostdeutsche aus den Grundbüchern gestrichen ist. Betrachtet man die bundesdeutsche Politik in den zurückliegenden 5 Jahren, ist dem nicht viel entgegenzusetzen.

Enteignungen und Vertreibungen stehen auf der Tagesordnung, auch wenn das heute mit „rechtsstaatlichen“ Mitteln geschieht. Die Auseinandersetzungen um die Ergebnisse der demokratischen Bodenreform im Osten Deutschlands haben gerade erst richtig begonnen und werden in den nächsten Monaten mit aller Härte weitergeführt.

Deshalb war der Tag in Kyritz wichtig, auch wenn es für die PDS und alle Kräfte, die zur Bodenreform stehen nicht alles gewesen sein darf. Die überwiegende Mehrheit der KonferenzteilnehmerInnen in Kyritz war sich einig: Die Bodenreform war gesellschaftlicher Fortschritt auf dem Lande, und ihre Ergebnisse bestehen zu Recht!

Die Kommunalisierung des ehemaligen volkseigenen Grund und Bodens, die dauerhafte Gewährleistung des Nutzungsrechts an landwirtschaftlichen Flächen für einheimische Agrarunternehmer und die Eigentumssicherung für Bürgerinnen und Bürger der DDR sind deshalb notwendige politische Prämissen in den gegenwärtigen und zu künftigen Auseinandersetzungen.

Lutz Scherling ist Mitglied des Parteivorstandes der PDS.



14.000 Schülerinnen und Schüler demonstrierten am 7. September in Berlin gegen die französischen Atomwaffenversuche im Pazifik. Aufgerufen hatten Schülerinnen und Schüler einer Oberschule, andere Schulen schlossen sich der Aktion an. In Sprechchören forderten die Jugendlichen ein sofortiges Ende der Atomversuche. Vereinzelt flogen Eier und Tomaten gegen das französische Kulturzentrum. — (rül)

Prozeßflut gegen ostdeutsche Städte und Gemeinden

Die „Gesellschaft für kommunale Altkredite und Sonderaufgaben der Währungsumstellung mbH“ (GAW) hat Zahlungsaufforderungen an 1.200 Gemeinden und Städte in den fünf ostdeutschen Ländern in Höhe von knapp 8 Mrd. Mark gestellt. Da diese — in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden Ostdeutschlands wie auch mit Unterstützung des Deutschen Städtetages — die Zahlung verweigern, will die GAW einige Musterprozesse noch in diesem Herbst anstrengen, da sonst die Zinsansprüche verjähren. Es geht um 4,9 Mrd. Mark sogenannter Altschulden und 3 Mrd. Mark aufgelaufener Zinsen.

Als Altschulden werden hier Zahlungen der DDR-Regierung bezeichnet, die diese für den Bau von Kindergärten, Schulen, Sporteinrichtungen usw. bereitgestellt hat. Während Finanzminister Waigel hierin Kredite sieht, die die Kommunen mit Zins und Zinseszins zurückzahlen hätten, sprechen diese von „Pseudoverbindlichkeiten“. Für sie gehören die Mittel zur DDR-Staatsschuld, die durch den Erblastenfonds

des Bundes gedeckt werden müssen.

Daß die DDR-Kommunen wenig bis keinen Einfluß auf die staatliche Geldpolitik hatten, kann man u. a. daran sehen, daß einigen Bezirken in den 80er Jahren (z. B. Karl-Marx-Stadt, heute Chemnitz, Dresden, Ost-Berlin) die auf dem Papier stehenden Schulden gestrichen, d. h. buchungstechnisch auf Null gesetzt wurden. Nach 1986 sind Kreditbuchungen völlig unterblieben.

Darüber hinaus sind die Beträge unsauber gerechnet. So werden Objekte einbezogen, die nie gebaut wurden, oder Gebäude veranschlagt, die dem Bund oder Land zugeordnet worden sind. Allein Halle soll 400 Mio. Mark zurückzahlen; Leipzig, Magdeburg und Rostock zusammen knapp 1 Mrd. Mark.

Da Waigel hart bleibt, lassen sich auch die Kommunen und Städte auf keine Vermittlungsangebote im Sinne von teilweiser Rückzahlung ein, da sie einer Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Zahlungsaufforderungen gleichkommen würden. Sie drohen mit einer Verfassungsklage. — (har)



VW-Vorstand: Weniger Abstand zur Konkurrenz

Kapitalseite setzte „atmende Fabrik“ durch

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Verhandlungsergebnisses bei VW meldet sich der Verband der Automobilindustrie und bescheinigt der Vereinbarung „Modellcharakter“. (Hannoversche Allg. Ztg. 13.9.) Und das Handelsblatt konstatiert, der Abstand zur Konkurrenz habe sich verringert. „Der zuschlagsfreie Arbeitszeitkorridor ist der eigentliche große Fortschritt der VW-Vereinbarung.“ „Zudem verspricht sich VW durch die Anrechnung der Maschinenstillstandszeiten auf die Erholpausen eine Arbeitszeitverlängerung.“ (Handelsblatt, 14.9.) Das Verhandlungsergebnis beinhaltet eine Vielzahl von Regelungen; die beiden erwähnten Punkte zeigen jedoch tatsächlich auf, worum es dem VW-Konzern in dieser Tarifaufeinandersetzung ging. Arbeitszeitflexibilisierung unter dem Stichwort „atmende Fabrik“ und das weitere Abholzen konkreter betrieblicher Regelungen, die unter die Rubrik Lohnnebenkosten fallen. Hier blätterte VW seine Vorstellungen auf und bot von Beginn an bei Kostenneutralität des Gesamtpaketes eine Lohnerhöhung und die Fortführung der Beschäftigungssicherung an.

Sowohl in Sachen Flexibilisierung als auch im Bereich des betrieblichen Regelwerkes war die IG Metall zu weitgehenden Zugeständnissen bereit, um eine zumindest zweijährige Beschäftigungssicherung zu erzielen. Im Ergebnis kann jetzt die zuschlagsfreie wöchentliche Arbeitszeit auf maximal 38,8 Stunden die Woche erhöht werden. Der Ausgleichszeitraum beträgt ein Jahr. Zusätzlich hat sich VW die Option auf zwölf Samstage gesichert. Schon jetzt steht fest, daß diese Arbeitszeitregelungen direkt auf die Zulieferer durchschlagen, die im wesentlichen schichtweise oder in noch kürzeren Intervallen anliefern.

Sämtliche Mehrarbeitsstunden werden in Zukunft mit 30 % statt bisher mit 50 % vergütet. Praktisch wird hiermit der niedersächsische Manteltarifvertrag (25 % für die ersten zwei Stunden, dann 40 %) unterboten. Gekappt sind auch die fünf Minuten Erholzeit für Leistungslöhner. Zweieinhalb Minuten gehen in die 1,2 Stunden, die VW jetzt unbezahlt mehr arbeiten läßt. Die restlichen 2,5 Minuten können auf Stillstandszeiten, die „erholwirksam“ sind, angerechnet werden. Gerade hiermit ist ein Bezugspunkt und positives Beispiel aus der tarifpolitischen Diskussion der IG Metall verschwunden. Angestellte und Zeitlöhner arbeiten ebenfalls 1,2 Stunden mehr. Allerdings kann sich die unbezahlte Arbeit beispielsweise bei den Leistungslöhnern in Hannover, die derzeit 37,5 Stunden arbeiten, auf 1,5

Stunden erhöhen. Die vierpozentige Lohnerhöhung ist damit egalisiert, weitere Reallohnverluste bei einer Laufzeit von zwei Jahren vorprogrammiert. Diese Regelungen ordnen sich ein in einen generellen Angriff der Kapitalisten auf die Zuschläge für besonders belastende Arbeiten. So ist bei Opel in Kaiserslautern der Samstag zuschlagsfreier Arbeitstag für Wartung und Instandhaltung.

Verschiedene Punkte wie beispielsweise die Stafette für Ältere, bei der bisher lediglich klar ist, daß der alte Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen in die Regelung einfließen soll, müssen noch im Detail geregelt werden. Die Beschäftigten müssen also mit weiteren Unbekannten rechnen.

Demgegenüber verweist die IG Metall auf die gesellschaftliche Dimension der beschäftigungssichernden Vereinbarung. Deren Laufzeit beträgt wie beim alten Vertragswerk zwei Jahre und hat wiederum bei Nichteinigung eine Nachfrist von sechs Monaten. In der IG Metall wird weiter argumentiert, daß VW für die Zukunft der Ausstieg aus dieser Regelung schwer gemacht wurde. Vor allem die Stundensätze würden bei der Rückkehr zur normalen 35-Stunden-Woche hochschnellen. Aber auch andere Regelungen wie 2,5 Minuten der Erholzeit und die früher zur Jahresmitte ausbezahlte Sonderzahlung von fast einem Monatslohn würden reaktiviert.

Die IG Metall möchte die beschäftigungssichernde Regelung zur Normalität werden lassen. Diese Form der Arbeitszeitverkürzung wurde bisher jedoch nur in Krisensituationen gesucht. Und auch hier sind die betroffenen Beschäftigten nicht unbedingt bereit, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Wo der „VW-Speck“ fehlt, würden die Beschäftigten bei Umsetzung solcher Regelungen auf Hungerlohn gedrückt.

Insbesondere aber führt diese Form des „Krisenmanagements“ nicht zu einer kritischen Beschäftigung mit der Entwicklungsrichtung z.B. des VW-Konzerns — weder in Fragen anstehender Rationalisierungsschübe noch der Produktentwicklung, und ebenso wenig wird die Abhängigkeit des Landes Niedersachsen problematisiert. Am Ende dürfte auch die von der IG Metall erhoffte Beschäftigungssicherung nicht zu halten sein, was von dem Automobilexperten der Frankfurter Deutsche Bank Research Klaus-Jürgen Melzner schon ausgedrückt wurde: „Volkswagen muß auf Zeit spielen und die natürliche Fluktuation abwarten.“ (Die Woche) — (rog)

DOKUMENTIERT

Auszüge aus dem Verhandlungsergebnis

1. Vereinbarung zur Sicherung der Standorte und der Beschäftigung

... Die Tarifvereinbarung zur 28,8-Stunden-Woche wird in geänderter Fassung verbunden mit dem Ausschuß betriebsbedingter Kündigungen ab 1. Januar 1996 mit einer frühestmöglichen Kündigungsmöglichkeit zum 31. Dezember 1997 wieder in Kraft gesetzt.

1.1.1 Neu geregelt sind die tariflichen Regelungen zur Arbeitszeitverteilung wie folgt:

— Grundsatz Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen sowie die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage — in der Regel von Montag bis Freitag — werden mit dem Betriebsrat vereinbart. Die wöchentliche Arbeitszeit kann schichtplanmäßig gleichmäßig oder ungleichmäßig-regelmäßig grundsätzlich auf 4 oder 5 Arbeitstage in der Regel von Montag bis Freitag verteilt werden.

— Ungleichmäßige Verteilung In Produktionsbereichen sowie produktionsabhängigen Bereichen kann die regelmäßige Arbeitszeit im Rahmen der jährlichen Programm- und Arbeitszeitplanung auf bis zu 8 Stunden pro Tag und bis zu 10 Stunden über die regelmäßige Wochenarbeitszeit von Montag bis Freitag hinaus verteilt werden.

Von dieser festgelegten Arbeitszeit kann mit Zustimmung des Betriebsrates abgewichen werden.

Gegenüber den betroffenen Werksangehörigen ist grundsätzlich eine Ankündigungsfrist von 2 Monaten einzuhalten.

Bei Verteilung der Arbeitszeit im Rahmen der regelmäßigen Arbeitszeit im Kalenderjahr kann durch Betriebsvereinbarung ein individuelles Arbeitszeitkonto nach dem Ansparrprinzip eingeführt werden.

— Die Regelungen des 2.3 Tarifvertrag über die Arbeitszeit — Sonnabendarbeit — findet weiterhin Anwendung.

— Durch betriebliche Regelungen kann die Anwendung der Regelungen über die Volkswagenwoche auch für nicht produktionsabhängige Bereiche vereinbart werden. (...)

1.2 Tarifvereinbarungen vom 24. Mai 1994

1.2.1 Die Tarifvereinbarung zum Modell „Stafette für Auszubildende“ wird überarbeitet und ebenfalls ab 1. Januar 1996 wieder in Kraft gesetzt.

Neu aufgenommen wird folgende Klausel für die Übernahme der Auszubildenden, die für die Laufzeit die Geltung von 14.11 MTV überlagert.

„Auszubildende werden grundsätzlich nach erfolgreich bestandener Abschlußprüfung in ein Arbeitsverhältnis übernommen. Davon kann im Einzelfall bei Vorliegen eines wichtigen Grundes mit Zustimmung des Betriebsrates abgewichen werden.“ (...)

1.3 Stafette für Ältere

Ab 1. Januar 1996 tritt eine tarifliche Regelung in Kraft, die eine Stafetten-Regelung für Ältere in Form eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand (Altersteilzeit) vorsieht. Zum Ausgleich wird eine Zuschusszahlung entsprechend der Zumutbarkeitskurve während der 3 Teilzeitschritte gewährt. Details werden in einer Betriebsvereinbarung geregelt. (...)

2. Arbeitszeitregelungen

2.1 Gleitzeit

Ab 1. Januar 1996 tritt eine neue tarifliche Gleitzeitregelung in Kraft.

Die Gleitzeitregelung findet — nach wie vor — Anwendung in der sog. Normalschicht und beinhaltet eine flexible

Zeitdisposition ohne Zeiterfassung.

Auf der Grundlage einer 4-Tage-Woche beträgt die tägliche Mindestarbeitszeit 4 Stunden und die tägliche Höchst-arbeitszeit 9,5 Stunden pro Tag.

Durch Betriebsvereinbarung sind weitere Einzelheiten über Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit (maximaler Zeitrahmen 13 Stunden), Kernarbeitszeit und Zeitguthaben (einschließlich Entnahmeregulierung) zu vereinbaren.

2.2 Leistungsbeitrag des indirekten Bereichs

Als Leistungsbeitrag für die Beschäftigungssicherung wird für den indirekten Bereich (Zeitlohn/Gehalt) ab 1. Januar 1996 eine 1,2 stündige Solleistung pro Woche vereinbart. Weitere Einzelheiten sind zwischen den Tarifvertragsparteien zu vereinbaren.

3. Entlohnungsgrundsätze

Ab 1. Januar 1996 werden neue Regelungen zu den Entlohnungsgrundsätzen Zeitlohn und Leistungslohn eingeführt.

Im Leistungslohn werden Arbeitspensum und/oder Soll-Personalbesetzung auf der Grundlage von Planungs- bzw. Referenzdaten zwischen Unternehmen und Betriebsrat vereinbart.

Für beide Entlohnungsgrundsätze gilt das Reklamationsverfahren für Betrieb, Betriebsrat und Beschäftigte. (...)

4. Gemeinsamer Entgelttarifvertrag

4.1 Als weiterer Schritt zu einem gemeinsamen Entgelttarifvertrag wird vereinbart:

— Eine Zusammenlegung der bisherigen Monatsentgelt- und Gehaltstabelle zu einer einheitlichen Entgelttafel. (...)

5. Beteiligungsrente

Die bisher zweckgebundenen für die gemäß dem 5. Vermögensbildungsgesetz zugelassenen Anlagearten unternehmensseitig gezahlten vermögenswirksamen Leistungen werden ab 1. Januar 1996 für eine betriebliche Zusatzversorgung (Beteiligungsrente) verwendet. Eine Übergangsregelung für Härtefälle wird vereinbart. (...)

7. Erhöhung der Monatsentgelte und Gehälter

7.1 Die Monatsentgelte und Gehälter, die individuellen monatlichen Zulagen und Ausgleichszulagen werden ab 1. Januar 1996 um 4 % erhöht.

7.2 Entsprechendes gilt für die Monatsentgelte, individuellen monatlichen Zulagen sowie Ausgleichszulagen für Monatsentgeltempfänger mit Arbeitsbereitschaft sowie für Angehörige des Werksschutzes und der Werksfeuerwehr.

7.3 Jede(r) Werksangehörige erhält für die Monate August bis Dezember 1995 anstelle der prozentualen Erhöhung pro Monat einen Pauschbetrag von je DM 200.- brutto, der in zwei Raten von je DM 500.- mit der Entgeltzahlung September und Oktober 1995 nach Maßgabe folgender Bestimmungen ausgezahlt wird ...

8. Regelungen für Auszubildende

8.1 Die Ausbildungsvergütungen werden ab 1. Januar 1996 im 2., 3. und 4. Ausbildungsjahr um 4 % erhöht. (...)

11. Tarifvereinbarung zur Beschäftigungssicherung

Die Tarifvertragsparteien stimmen überein, daß nach einer Kündigung im Falle der Nichteinigung über eine Nachfolgeregelung die normalen tariflichen Regelungen (u.a. Erholzeiten, 35-Stunden-Woche inklusive Bezahlungsregelung sowie 4.1 der Tarifvereinbarung zur Beschäftigungssicherung) in ihrer dann gültigen Fassung in Kraft treten.

BASF Ludwigshafen**Neues von der Front der Chemielobby**

Der rheinlandpfälzische Ministerpräsident Beck war wieder mal auf Besuch bei der BASF in Ludwigshafen. Kurz darauf trat er für die Abschaffung der Gewerbesteuer ein.

Sie passe als „ertragunabhängige Steuer nicht mehr in die Zeit“, weil sie investitions- und beschäftigungshemmend wirke (*Frankfurter Rundschau*, 5.9.). Dies sagt Herr Beck just zu einer Zeit, als der BASF-Vorstand auf seiner Halbjahresbilanzpressekonferenz in London am 24. August die neue Schlankheit, nämlich die Entfernung von rund 22 Prozent der Beschäftigten in der BASF Gruppe (30000 weltweit) und damit einhergehend die Ergebnisverbesserung „von deutlich über 700 Millionen Mark“ bejubelt. Im zweiten Quartal machte der Profit einen Satz um 243 % auf 1,1 Milliarden DM (*FR*, 25.9.). Die BASF AG in Ludwigshafen erreichte im ersten Halbjahr einen Nettoumsatz von 11,5 Milliarden DM, ein Plus um 20 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 1994 (*Mannheimer Morgen*, 9.8.). „Die BASF schießt den Vogel ab“, titelte daher die *FR* am 25. August.

Becks Umweltministerin, Klaudia Martini (SPD), kann sich derweil auch im Wohlgefallen des BASF-Vorstandes sonnen, weil sie für erheblich beschleunigte Genehmigungsverfahren sorgt. Der Markt erfordert schließlich immer schneller neue Produkte, und je mehr man der Konkurrenz voraus ist, um so größer die Standortsicherheit. Die Sicherheit für die Beschäftigten, die Verbraucher, die Anwohner, die Umwelt verkommt in diesem Kontext zur Marginalität.

Eine klare Richtung wurde in dieser Frage auch auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie gewiesen. Von dort vernahmen wir, daß die maßlose, einseitige

Überbetonung der Ökologie schweren Schaden anrichte. Der Umweltschutz werde im DGB überbewertet. Gewerkschaften seien Interessenvertreter arbeitender Menschen, deshalb müßten sie sich vor allem dafür einsetzen, deren Arbeitsplätze zu sichern (*FR*, 5.9.95).

Der Thronfolger Rappes hat auch ein offenes Herz für den Samstag als Arbeitstag. Mit scharfem Blick hat der neue Gewerkschaftsvorsitzende außerdem Wettbewerbsprobleme in punkto Lohnkosten in der Grundstoffchemie ausgemacht. So setzte er den glorreichen Vorschlag in die Welt, dort die Löhne mit öffentlichen Geldern zu subventionieren. Eine typischer Grundstoffladen ist die BASF. Wer an dieser Stelle etwas irritiert sein sollte, etwa als Arbeitslosenhilfeempfänger, an dem Wai gel unbedingt demonstrieren muß, wie man öffentliche Gelder einspart, der hat einfach etwas nicht richtig verstanden. „Ich weiß, diese Überlegung kann auf den ersten Blick irritieren“, gesteht der neue IGCPK-Chef ein (*Mannheimer Morgen*, 8.9.95). Das schafft die Gewinne von heute, für die Finanzierung der Investitionen und Aquisitionen im Ausland von morgen. All diese Konzepte geben außerdem der Hoffnung Nahrung, daß wir uns dem Freizeitparadies Deutschland zügig nähern, in dem nur noch ganz wenige rund um die Uhr im Vollkontinbetrieb sich der Mühsal der Arbeit unterziehen müssen, und die Mehrheit ihr Leben mit den Geldern aus Nürnberg genießen kann — ist schließlich auch Grundlage für die Hoffnung, daß sich der Trend der letzten sechs Monate wie auch der letzten Jahre fortsetzt — die Einkommen aus Unternehmen und Vermögern, also der Risiko- und Leistungsträger, wuchsen um 9,2 Prozent, die Gelder der angeblich zu keinem Risiko Bereiten um 2,9 Prozent. — (*ede*)

Bayer Leverkusen: Brasilienaustausch**Solidarität gegen „Rausch vom freien Markt“**

Aus dem Augustflugblatt der Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit bei Bayer-Leverkusen entnehmen wir auszugsweise den Bericht über den Besuch brasilianischer Chemiearbeiter aus den Bayer-Werken Belford Roxo, Sao Paulo und Tibras.

Die brasilianischen Kollegen berichteten, daß auch sie sich ständig mit dem Argument der Standortsicherung auseinanderzusetzen müssen. Wenn sie z.B. bessere Arbeitsschutzmaßnahmen verlangen, wird ihnen gesagt: „Ihr seid zwar viel billiger als in Deutschland, aber in China sind sie noch zehnmal billiger, also paßt auf.“

Der verschärfte weltweite Konkurrenzkampf zwischen den Konzernen, aber auch innerhalb der Konzerne wird auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Sie tragen das volle Risiko, sie werden gegeneinander ausgespielt.

In der Diskussion wurde jedoch auch deutlich, daß bei diesem Konkurrenzkampf der Standorte nicht nur uns in der „Ersten Welt“ eine Verschlechterung unserer Standards droht. Die brasilianischen Kollegen haben auch positive Errungenschaften zu verteidigen.

So gibt es in Brasilien die 6-Stunden-Schicht für Vollkontinentaler. Das RSI-Syndrom (chronisches Schmerzsyndrom, tritt bei intensiver regelmäßiger Bildschirmarbeit mit hoher Anschlagzahl auf) ist in Brasilien als Berufserkrankung anerkannt.

Zum Thema Fremdvergabe gibt es in-

nerhalb der Gewerkschaft eine viel solidarisierendere Diskussion als bei uns. Eine zentrale Forderung der Gewerkschaft ist: Fremdvergabe nur bei gleichen sozialen und Lohnstandards. (Hintergrund dieser Diskussion ist, daß z.B. einzelne Bayer-Mitarbeiter in Brasilien ihren Arbeitsplatz bei Bayer verlieren und zu deutlich schlechteren Bedingungen als angeblich selbständige Unternehmer die gleiche Arbeit wie vorher machen.)

Tiago, ein Gewerkschaftsvertreter aus Sao Paulo, faßt den Wunsch der brasilianischen Kollegen zusammen: „Wenn Ihr für die Erhaltung der Standards in Deutschlands kämpft, kämpft Ihr auch für uns. Wenn Eure Standards verschlechtert werden, verschärft sich auch die Situation bei uns, der Druck wird größer. Wir müssen gemeinsam diese Abwärtsspirale aufhalten. Deshalb unterstützen wir Eure Forderungen.“

Als Lehre aus dem diesjährigen Austausch nehmen wir mit, daß es immer wichtiger ist, den direkten Kontakt unter den Beschäftigten in den einzelnen Ländern zu vertiefen. Wer sich persönlich kennt, läßt sich viel schwieriger gegeneinander ausspielen.

Solidarität werden wir dringend brauchen, um die Abwärtsspirale ohne Ende bei unseren sozialen Bedingungen und Arbeitnehmerrechten, bei der Arbeitssicherheit und beim Umweltschutz zu stoppen und gemeinsam für den Erhalt unserer Arbeitsplätze zu kämpfen.

Ost-West-Angleichung bei gestiegenem Krankenstand

Wie schon im zweiten Halbjahr 1994 ist auch in den ersten fünf Monaten dieses Jahres der Krankenstand unter den Pflichtmitgliedern in der gesetzlichen Krankversicherung gestiegen. Im Durchschnitt der Monate Januar bis Mai lag der Krankenstand in Westdeutschland (inkl. ganz Berlin) bei 5,4 % (Vorjahresstand 4,8 %), in Ostdeutschland bei 5,1 % (Vorjahresstand 4,5 %). Der Anstieg ist bei allen Kassenarten festzustellen. Damit hat der Krankenstand seit mehreren Jahren wieder einen Höchststand erreicht, in Ostdeutschland ist er erstmals über die Fünf-Prozent-Marke gestiegen. Die Prognosen gehen dahin, daß nach Jahren mit niedrigem Krankenstand jetzt mehrere Jahre mit höherem folgen werden, und das trotz steigender Arbeitslosenzahlen. — (*har*)

Streik gegen drohende Kündigung bei Siemens

München. 200 Kolleginnen und Kollegen in der Hofmannstraße sind von Kündigung bedroht, weil Siemens Transport- und Lagerbereiche auslagern will. Die Transportarbeiter warfen für eine Stunde die Brocken hin und stellten den Standortleiter zur Rede! Sie hatten bereits vorher 6000 Unterschriften für den Verbleib ihrer Arbeitsplätze gesammelt. Außerdem sollen bis zu 300 Arbeitsplätze in der EC-Fertigung abgebaut werden, um sie in ein sogenanntes Billiglohnland zu verlagern. So sind also die vollmundigen Ankündigungen der „top-Bewegung“ (time optimizes prozess) bei Siemens zu verstehen. „Die Mitarbeiter werden als Mitunternehmer mehr Freiräume haben als vorher.“ — (*DKP-Betriebszeitung*)

Bayer Leverkusen: „Verlagerung nicht wegen Produktionskosten“

Alle Welt jammert über die zu hohen Produktionskosten in Deutschland, deshalb sollen wir mit weniger Lohn zufrieden sein, sollen härter arbeiten ... ; deshalb müssen soziale Leistungen gekürzt und kommunale Einrichtungen abgebaut werden. Wenn wir das alles nicht schlucken, so drohen die Unternehmer, würden sie hier noch mehr Arbeitsplätze abbauen und Fabriken schließen. Und da kommt ein Unternehmer daher und sagt uns ganz offen, daß es sowieso nicht um die Kosten geht, sondern um die Märkte. Kernaussagen aus einem Interview mit einem Bayer-Chef am 6.9. im *Kölner Stadt-Anzeiger*: „Wunderlich: „Das dominierende Motiv für Auslandsinvestitionen ist die Notwendigkeit, dort zu produzieren, wo die Märkte sind und das Wachstum stattfindet.“ Frage: „Könnten Sie sich vorstellen, daß Bayer wieder mehr im Inland investiert, wenn die Produktionskosten hier sinken?“ Wunderlich: „Die eine oder andere Entscheidung könnte davon beeinflusst werden, der Trend zur Globalisierung aber nicht.““

Hat also alles Stillhalten und Lohnkürzen und Schnellerarbeiten nix geholfen. Hatten nicht ein paar Leute schon immer gesagt, daß auf diese Weise keine Arbeitsplätze zu retten sind und der Verzicht auf unsere Forderungen nur den Kapitalprofiten dient? (*Wildcat*)

Widia will Jahresarbeitszeit mit Regelsamstag

Essen. Die Personalabteilung und die zuständigen Betriebsleiter der Widia GmbH haben einen wahren Horrorkatalog zur Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden / Woche vorgelegt. Für die letzten drei Monate vom

1.10. bis 31.12.1995 sind freie Tage vereinbart. Ab 1.1.1996 sollen dann allein für die Produktion im Bereich Werkzeugtechnik (ca. 450 Beschäftigte) 23 verschiedene Arbeitszeitmodelle zur Anwendung kommen. Je nach Auftragslage sollen mit 14tägiger Ankündigungsfrist 4, 5 oder 6 Tage pro Woche in 7- oder 8-Stunden-Schichten gearbeitet werden. Der Samstag soll bei Bedarf als Regelarbeitstag einbezogen werden, der frühere Arbeitsschluß am Freitag — für viele Beschäftigte eine wichtige Ernungsgeschäft — soll wegfallen. Erst im Jahresdurchschnitt soll sich eine Arbeitszeit von 35 Stunden / Woche ergeben. Überstundenzuschläge soll es in Wochen, in denen 6 Tage gearbeitet wird, erst ab der 48. Stunde geben. Betriebsrat und IG-Metall-Vertrauenskörper lehnen solche wüsten Formen von Jahresarbeitszeit ab. — (*kw*)

Neue Zulage für Beamte in der AG „Regierungskriminalität“

Die momentane Schwerpunktsetzung des Bundesministerium des Inneren (BMI) kann man u. a. auch daran erkennen, wohin das Geld fließt, besser gesagt, wo freiwillig Zulagen im öffentlichen Dienst gezahlt werden. So sieht der Gesetzentwurf für die Erhöhung der Beamtenbesoldung eine neue Stellenzulage bei der „Zentralen Polizeilichen Ermittlungsstelle Regierungskriminalität“ und der Arbeitsgruppe „Regierungskriminalität“ vor. Sie soll — unabhängig von der pauschalierten Aufwandsentschädigung, die man dort offensichtlich auch noch erhält — ab 1.1.96 gezahlt werden und beträgt, je nach Laufbahn, 300, 350 oder 400 Mark für Westbeamte bzw. 252, 294 oder 336 Mark für Ostbeamte. Immerhin wird darauf verzichtet, die Stellenzulage auch noch ruhegehaltsfähig zu machen, sie wird sich also nicht auf die Höhe der Pension auswirken.

Dagegen wird die Ende 1994 ausgelaufene Stellenzulage für die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Asylverfahrensgesetz nicht wieder gewährt. Die Argumentation der ÖTV, daß sich die Anforderungen an die Beschäftigten sowie die Belastungen trotz Rückgang der Asylfälle nicht wesentlich geändert haben, fand kein Gehör. — (*har*)

SPD-Wahlwerbung mithilfe von ÖTV-/IGM-Mitgliederdateien

Berlin. Mehrere Berliner Gewerkschaftsvorsitzende und -vorstandsmitglieder rufen dazu auf, der Initiative „Gewerkschafter sowie Betriebsräte und Personalräte für Ingrid Stahmer“ beizutreten. Gesammelt werden Unterschriften für eine Anzeigenkampagne. Wahlwerbung für die SPD durch Gewerkschaftsfunktionäre ist zwar nichts neues. Daß die Gewerkschaften jedoch die Adressen ihrer ehrenamtlichen Funktionäre für SPD-Wahlwerbung zur Verfügung stellen, wohl schon — so geschehen bei ÖTV und IG Metall. Auf die geäußerte Kritik von Mitgliedern anderer Parteien, wie denn das zu verstehen sei und wer vor allem für die Kosten für 4000 versandte Briefe allein bei der ÖTV aufkomme, ging ÖTV-Chef Kurt Lange, Erstunterzeichner der Stahmer-Initiative, in die „Offensive“. Er wolle endlich was gegen die politische Apathie und Lethargie seiner Mitglieder machen. Die Kosten für das Porto habe die SPD bereits bezahlt. Die Reaktion Ostberliner ehrenamtlicher Funktionäre auf die SPD-Wahlwerbung der Gewerkschaftsfürsten dürfte Kurt Lange zu denken geben. Sie äußerten alle sinngemäß: „Das hatten wir 40 Jahre. Wenn ich das ans Schwarze Brett hänge, gibt's ne Austrittswelle.“ Statt Aktivierung noch mehr Politikverdrossenheit? Ein Schuß ins Schwarze! — (*har*)



Jehova in Bayern

Das Bundesverfassungsgericht besteht aus zwei Senaten mit je 8 RichterInnen. Das Grundgesetz legt fest, daß diese je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat gewählt werden. Die vom Bundestag zu wählenden RichterInnen werden vom 12köpfigen „Wahlmännerausschuß“ gewählt. Dieser wird vom ganzen Bundestag nach Verhältniswahlrecht gewählt. Dies führt dazu, daß die Zusammensetzung des Wahlmännerausschusses im wesentlichen das Stärkeverhältnis der Fraktionen widerspiegelt. Eine Richterkandidatin ist gewählt, wenn 2/3 der Mitglieder des Wahlmännerausschusses für sie stimmen. Die vom Bundesrat zu wählenden RichterInnen werden direkt gewählt. Auch hier bedarf es der 2/3-Mehrheit. Solange keine Fraktion über so viele Stimmen verfügt, muß es daher zu relativ konsensfähigen KandidatInnen kommen, verbunden mit Absprachen — „diesmal wir,

nächstes Mal seid Ihr wieder dran“. Wer gewählt ist, ist für zwölf Jahre im Amt. Eine Wiederwahl ist nicht möglich, eine Entfernung aus dem Amt aufgrund von ungenehmer Entscheidungsfindung auch nicht. Für die theoretisch mögliche Entlassung durch den Bundespräsidenten bedürfte es einer Aufforderung durch das Gericht selber. Zusammenfassend: a) Es werden KandidatInnen gewählt, die auch die Zustimmung der jeweils anderen großen Partei finden. b) Da es keine Wiederwahl gibt und mensch meist erst gegen Ende der politischen Laufbahn VerfassungsrichterIn wird, besteht kein großes persönliches Interesse daran, sich beliebt zu machen oder gar der Partei rason zu folgen. Deshalb ist es für Regierung und Parteien schwer, das Bundesverfassungsgericht dahingehend zu beeinflussen, daß eine anstehende Entscheidung so oder so ausfällt. — (U.N.)

Zur Bedeutung der „Kruzifix-Diskussion“

„Parlamentarismus mit Aus-Knopf“. Ein Diskussionsbeitrag aus Hamburg

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das Kruzifix in Schulräumen hat eine Diskussion nach sich gezogen, die in ihrem Ausmaß grotesk wirkt. Selbst dann, wenn mensch sich Verzerrungen wegdenkt, die durch Medien entstehen können, die Informationen als Waren verkaufen. Es drängt sich der Verdacht auf, daß sie angezettelt oder zumindest gesteuert worden ist. Welches Ziel steht dahinter?

Es fällt auf, daß mit den bayerischen Aufrufen zum „Urteilsboykott“ die Autorität des Bundesverfassungsgerichts überraschend von Rechts in Frage gestellt wurde. Nun wird es nicht das erste Mal sein, daß die CSU-Prominenz dieser Art rumblockt; neu ist, daß dies in der überregionalen Presse gedruckt wurde. Es ist relativ bedeutungslos, daß inzwischen aus CDU/CSU-Kreisen andere Stimmen laut geworden sind, denn eine Wirkung bleibt: Es ist erfolgreich eine Diskussion um die Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichtes eingeleitet worden. Dies dürfte die Bedeutung der Urteilsschelten-Kampagne sein.

Die Entscheidungen des Gerichtes sind häufig stärker an rechtsstaatlichen Kriterien orientiert, als es Verfechtern eines starken Staates lieb ist. Diesen kommen die im Grundgesetz enthaltenen Abwehrrechte gegen den Staat ungelegen. Zwar können diese gebeugt oder geändert (legal aber nur in Grenzen) werden. Dann aber kann es zu einer kassierenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes kommen. Konsequenz: „Weg damit“? Sollte dies die Motivation sein, müßten sich entsprechende Hinweise in der Diskussion finden lassen. Zum derzeitigen Stand der Debatte gibt es Vorschläge aus CDU-Kreisen, die — zusammengefaßt — darauf hinauslaufen, bei vereinfachter Einflußnahme der jeweiligen Regierungsmehrheit auf die RichterInnenwahl eine 6:2-Mehrheit für Normenkontrollklagen einzuführen.

Normenkontrollklagen sind Klagen gegen Gesetze, die als verfassungswidrig angesehen werden. Zur Zeit genügt eine einfache Mehrheit, um das „Verfassungswidrig“-Verdict des Gerichtes herbeizuführen. Es wird offenbar ein

Zustand angestrebt, in dem der jeweilige Gesetzgeber Gesetze erlassen kann, die im Moment wegen offensichtlicher Verfassungswidrigkeit, insbesondere wegen Verletzung der euphemistisch als „Grundrechte“ bezeichneten Garantien, kaum Chance auf Bestand hätten. Dies ist eine gefährliche Entwicklung. Mit dieser Feststellung soll keinesfalls bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit das Wort geredet oder die Verbrechen ausgeblendet werden, welche sie laufend ermöglicht. Festzuhalten bleibt aber, daß die Strategien der strikt repressiven und der liberalen, eher integrativen Teile des Bürgertums ganz unterschiedliche Angriffe auf die Existenzmöglichkeiten gerade der hier Ausgegrenzten beinhalten.

In Zeiten, in denen die Unterdrückten über kein Klassenbewußtsein verfügen und ein rassistischer und nationalistischer Konsens der Massen dazu führt, daß Verzweiflung sich nur als Treten nach unten ausdrückt, braucht das Kapital keinen Faschismus, um bei verschärfter Ausbeutung seine Macht zu sichern. Es fällt aber auf, daß sie für den

Fall der Fälle eifrig an der Notbremse für jede Rechtsstaatlichkeit basteln. Die Einleitung der Demontage des Bundesverfassungsgerichtes ist sicherlich als Signal an dieses zu verstehen, daß eine ungenehme Entscheidung etwa zum Asylrecht sein Ende (in der heutigen Form) nach sich ziehen würde. Darüber hinaus muß sie im größeren Rahmen des Roll-Backs auf fast allen Gebieten gesehen werden. Verliert das Bundesverfassungsgericht seine heutige Bedeutung, würde eine zentrale Instanz der Gewaltenteilung fallen. Es wäre nicht besonders schwierig: Entscheidende Einflußnahme der Regierungsmacht auf die Zusammensetzung würde ja reichen, und die im Kasten genannten Regelungen über das Gericht stehen fast alle im einfachen Gesetz. Um dies zu ändern, bedarf die Regierungsmehrheit keines 2/3-Anteils der Stimmen. Sie hat nicht viel mehr zu tun, als eine Stimmung zu schaffen, in der sie der Opposition keine Wahlkampfhilfe schafft. Es ist zu befürchten, daß die aktuell laufende Diskussion direkt vorbereitenden Charakter hat. — (U.N.)

Neu bei GNN: Standarddokumentationen über die „Abwicklung“ der früheren DDR: „Weißbücher“ der „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.“

GESELLSCHAFT ZUM SCHUTZ VON BÜRGERRECHT UND MENSCHENWÜRDIGKEIT e.V. (GNN)

UNFRIEDEN
IN
DEUTSCHLAND

WEISSBUCH

Kirche im Sündenfall

Gleich zwei neue „Weißbücher“ der „Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM)“ sind jetzt bei GNN erschienen.

Der Band „Kirche im Sündenfall“ dokumentiert die Verfolgung eines Pfarrers aus dem thüringischen Ort Kapellendorf, der wegen seiner Tätigkeit in der „christlichen Friedenskonferenz“ und der damit verbundenen Auslandsreisen sowie Einladungen an ausländische Gäste gegen dem „Ministerium für Staatssicherheit“ der DDR über solche Kontakte berichtete und nach der Wende von der ebenfalls „gewendeten“ Amtskirche als „roter Pfarrer“ gnadenlos verfolgt wurde und wird.

Der Band „Unrecht im Rechtsstaat“ dokumentiert und kritisiert die fast 50000 Ermittlungsverfahren, mit denen eine von ihren braunen NS-Quellen nie ganz gereinigte westdeutsche Siegerjustiz in den „neuen Ländern“ Funktionsträger der früheren DDR und alle ande-

ren vermeintlich oder auch wirklich „staatsnahen“ Personen und Institutionen verfolgt und zu delegitimieren versucht.

Schon die vorher erschienenen drei „Weißbücher“ („Diskriminierung in den neuen Bundesländern“, „Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet“ und „Bildungswesen und Pädagogik im Beitrittsgebiet“) erhielten über 50 anerkennende Rezensionen, Annotationen und hervorgehobene Erwähnungen in Presse, Rundfunk und Fernsehen der Bundesrepublik, der Schweiz, Kanadas, Frankreichs, Rußlands und Ungarns sowie in zahlreichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen.

Die neuen Bücher setzen diese gute Tradition fort. Jeder Band umfaßt 512 Seiten und kostet 29,80 DM.

Bezug:
GNN-Buchversand
Badeweg 1
04435 Schkeuditz
Tel. 03-4204-65711, Fax: 03-4204-65893.

GESELLSCHAFT ZUM SCHUTZ VON BÜRGERRECHT UND MENSCHENWÜRDIGKEIT e.V. (GNN)

UNFRIEDEN
IN
DEUTSCHLAND

WEISSBUCH

Unrecht im Rechts-Staat

Wer setzt sich bei den Grünen durch?

**Kerstin Duhme & Torsten Ehrke
über InterventionistInnen, AntimilitaristInnen & PazifistInnen**



Die Streitfrage

Der seit Jahren in Ex-Jugoslawien geführte Krieg hat die Grünen in ihren pazifistischen/antimilitaristischen Überzeugungen herausgefordert. Die Debatte um die Legitimität des Einsatzes militärischer Mittel zur Durchsetzung von Menschenrechten — seit 1993 innerhalb der Grünen mehr oder minder intensiv geführt — wird, ausgelöst durch den offenen Brief Joschka Fischers (vom 30. Juli 1995), mit neuer Vehemenz geführt. Fischer hat die seines Erachtens zur Debatte stehende Frage so formuliert: „Entweder sind wir für den militärischen Schutz der UN-Schutzzonen, wissend auch um die Unzulänglichkeit der westlichen Bosnienpolitik und ihrer Risiken ... Oder wir lehnen diesen militärischen Schutz ab, und dann sollten wir uns, aber ohne uns darum herumzuwinden, für den Abzug der UN-Blauhelme aussprechen.“

Die pazifistischen Grünen sehen die Fragestellung allerdings anders. Für sie geht es um die Frage: Setzen wir auch weiterhin auf eine alternative

nicht-militärische Außen- und Sicherheitspolitik, oder müssen wir angesichts von Völkermord und Vertreibung auch militärische Gewalt als ultima ratio der Wiederherstellung von Menschenrechten akzeptieren?

Mit der so gestellten Frage wird die Dimension der Diskussion klar. Es geht um nicht weniger als einen möglichen Paradigmenwechsel bei den Grünen, für die das Prinzip der Gewaltfreiheit bislang eine identitätsstiftende Grundsäule ihres Politikverständnisses war.

Die Aufforderung an die Grünen, ihr Prinzip der Gewaltfreiheit zugunsten der Durchsetzung von Menschenrechten zu modifizieren, wird nicht ohne Plausibilität formuliert. Ist es für Grüne — für die die Durchsetzung von BürgerInnen- und Menschenrechten höchste Priorität besitzt — hinnehmbar, „ethnischen Säuberungen“, dem Morden, Zerstören und Vergewaltigen zuzuschauen? Muß nicht, wenn alles andere versagt, auch unter Einschluß militärischen Droh- und auch Tatpotentials dem Einhalt geboten werden?

Genau das ist scheinbar das Dilemma: Leben und Freiheit von Menschen

retten oder am Prinzip der Gewaltfreiheit festhalten?

Die neue Debatte

Nach langer und kontroverser Diskussion auf der außerordentlichen Bundesversammlung in Bonn im Oktober 1993 wurde mit übergroßer Mehrheit ein Beschluß gegen eine militärische Intervention in Bosnien und gegen eine Militarisierung der deutschen Außenpolitik gefaßt. Die Bundesversammlung forderte in ihrem Beschluß eine Außenpolitik der präventiven Konfliktvermeidung und eine bewußte Politik der machtpolitischen Selbstbeschränkung. Im Frühjahr 1994 wurde auf der Bundesdelegiertenversammlung in Mannheim das Bundestagswahlprogramm verabschiedet. Dort heißt es u.a.: Eine Beteiligung der Bundeswehr an UNO-Blauhelmissionen lehnen wir weiterhin ab. Alle Planungen, die Bundeswehr an schnellen Eingreiftruppen zu beteiligen, sind zu beenden.“

Angesichts des anhaltenden Krieges in Bosnien-Herzegowina wurde im De-

zember 1994 in Potsdam auf dem Bundesparteitag erneut eine Resolution verabschiedet. Diese bietet viel Raum für Interpretationen in Richtung Intervention. So wurde festgestellt, daß es derzeit keine Alternative zur deeskalierenden Rolle der Blauhelme gäbe. Folgende Forderungen wurden u.a. erhoben: „Konsequente Durchsetzung des Waffenembargos für alle Kriegsparteien, insbesondere eine effektive Kontrolle des Embargos gegen die bosnischen Serben. Sicherung der Transportwege für die humanitäre Hilfe durch UNPROFOR. Schutz der UN-Schutzzonen in Bosnien-Herzegowina durch eine ausreichende Präsenz von UN-Blauhelm-Einheiten.“

Als vor dem Hintergrund der Geiselnahme von UNO-Soldaten über einen möglichen Bundeswehreinsatz (deutsche Beteiligung an Blauhelmeinsätzen, Tornadoeinsätze) im ehemaligen Jugoslawien diskutiert wurde, gab es eine erneute heftige Debatte auch innerhalb der Grünen. Bei der Abstimmung im Bundestag stimmten jedoch „lediglich“ vier von 49 Grünen für den Antrag

Fortsetzung nächste Seite oben

Kritisches aus Brandenburg zum Balkankrieg

Beschluß des LandessprecherInnenrats von Bündnis 90/Grüne, LV Brandenburg, 8. 9. 95

Der LandessprecherInnenrat lehnt die militärische Verteidigung der Schutzzonen in Ex-Jugoslawien durch die NATO ab.

Eine Friedenserzwingung durch Einsatz nicht-militärischer Druckmittel ist nicht gescheitert, sondern wurde nicht konsequent versucht.

UNO und NATO können in einem Mehrfrontenkrieg und angesichts massiv aufgesplitteter internationaler Interessen keinen gerechten Frieden durch militärisches Eingreifen erzwingen. Der Übergang von einem Blauhelmeinsatz zu Kampfeinsätzen unter UN- oder NATO-Kommando kann alle Kriegsparteien zu erneuten militärischen Anstrengungen ermuntern und eine Ausbreitung des Krieges befördern. Die Zahl der Opfer auf beiden Seiten würde sich erhöhen und die Lage der Zivilbevölkerung sich weiter verschlechtern. Dem Ziel, den Krieg schnell zu beenden und eine von allen Seiten akzeptierte, dauerhafte politi-

sche Lösung zu schaffen, käme man damit nicht einen Schritt näher.

Deutschland trägt als Waffenexporteur Mitverantwortung für den Krieg in Ex-Jugoslawien. 56 Jahre nach dem Beginn des 2. Weltkrieges fliegt die deutsche Luftwaffe wieder Einsätze im europäischen Ausland. Auch deutsche Soldaten sollen wieder töten.

Krieg ist für uns niemals Mittel der Politik. Wir setzen uns dafür ein, daß Deutschland nicht wieder Krieg führt.

Erklärungen bündnisgrüner PolitikerInnen, die gewaltfreie Positionen zur Disposition stellen und zum Paradigmenwechsel aufrufen, stoßen daher auf unser Unverständnis. Wir halten unser gewaltfreies Konfliktlösungsmodell nicht für verfehlt, nur weil es niemals konsequent angewandt wurde. Wir werden nicht dazu beitragen, einer militärisch gestützten, machtorientierten deutschen Außenpolitik zum Durchbruch zu verhelfen.

Wir halten alle Äußerungen für unverantwortbar und mit grünem Selbstverständnis unvereinbar, die Krieg und militärische Gewalt als Mittel der Friedensschaffung ansehen. Mehr Krieg bedeutet nicht Frieden, sondern ein Mehr an Gefahren für Leib und Leben, Gesundheit und Menschenwürde. Wer Krieg propagiert, kann keine friedliche Außenpolitik entwickeln und umsetzen.

Wir weisen entschieden Vorwürfe zurück, die besagen, daß diejenigen, die Militäreinsätze ablehnen, „teilnahmslos dem Gemetzel zusehen“. Wir sind der Überzeugung, daß der konsequente Einsatz nicht-militärischer Mittel der einzige Weg ist, einer Ausweitung des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien entgegenzuwirken und einem Frieden näher zu kommen.

Wir fordern:

— die Stärkung all jener Kräfte, die auf Vermittlung, Deeskalation, Interessenausgleich und ein friedliches Zu-

sammenleben der Völker und Gemeinschaften setzen. Vor allem die Nicht-Regierungsorganisationen und Anti-Kriegsgruppen im ehemaligen Jugoslawien müssen unterstützt werden.

— die konsequente Durchsetzung eines gezielten Embargos gegenüber allen Kriegsparteien. Erforderlich ist die Einrichtung eines Ausgleichsfonds für die von Wirtschaftsembargos betroffenen Anrainerstaaten.

— daß die Bundesregierung — statt Geld für Militäreinsätze — mehr Geld für Flüchtlinge bereitstellt, diese von der Visapflicht befreit und Deserteuren Asyl und Aufenthalt gewährt.

— die Schaffung eines europäischen Fonds für Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien und die finanzielle Unterstützung für die Beseitigung von Kriegsfolgen.

LandessprecherInnenrat von Bündnis 90/Grüne Brandenburg, 8. 9. 95.
(Entnommen aus: CL-Netz)

Fortsetzung von Seite 15:
Grüne und Pazifismus ...

der Bundesregierung und damit für einen Einsatz deutscher Soldaten im Ausland erstmalig seit dem Zweiten Weltkrieg. Nach der Eroberung der moslemischen Enklave und der Schutz-zonen der UNO in Bosnien durch die bosnischen Serben erschien der offene Brief Fischers. Auch von der Parteilinken liegen seit einigen Monaten partei-interne Papiere vor (vor allem von Mitgliedern der Bundesarbeitsgemeinschaft Friedens- und Internationale Politik), die auf eine Weiterentwicklung der außenpolitischen Positionen der Grünen drängen.

Die grünen Positionen

(1) Die weitestgehenden Forderungen kommen von den *InterventionistInnen* um Poppe, Schoppe, Cohn-Bendit und Sager. Die Meinungen innerhalb dieser Gruppe sind durchaus nicht einheitlich. Einig ist man/frau sind jedoch darüber, daß in der momentanen Situation nur eine militärische Intervention den Frieden in Bosnien erzwingen kann. Allgemein wird eine Aufwertung der OSZE als regionale Unterorganisation der UNO gefordert. Sager z.B. setzt sich darüber hinaus auch für einen militärischen Arm der OSZE ein: „Die Autorität präventiver Diplomatie ist größer, wenn dahinter ein Gewaltmonopol steht“. Sie fordert — in der Logik der InterventionistInnen konsequent — den Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung der UNO-Resolutionen. Friedensschaffende, besser friedenserzwingende Einsätze sollen zukünftig auch mit deutscher Beteiligung möglich sein. In anderem Zusammenhang spricht sich Cohn-Bendit inzwischen gar für atomare Drohpotentiale aus.

(2) Die *AntimilitaristInnen* um Jürgen Trittin, Kerstin Müller, Ludger Vollmer lehnen eine Militärintervention ab. Sie befürworten jedoch eine deutsche Beteiligung an Blauhelmeinsätzen, somit das militärische Durchsetzen von Boykottmaßnahmen. Sie fordern klar eingegrenzte Kriterien für Blauhelmmaßnahmen, um möglichen interventionistischen Auslegungen entgegenzutreten zu können. Im Unterschied zu den InterventionistInnen lehnen sie militärische Interventionen ab. Sie befürworten zwar friedenserhaltende Maßnahmen, lehnen friedenserzwingende jedoch ab. Ausgearbeitete Konzepte liegen von dieser Gruppe noch nicht vor.

(3) Die *PazifistInnen*, u.a. Angelika Beer, Christian Ströbele, Gila Altmann lehnen jedwedes militärische Engagement ab. Sie setzen auch weiterhin auf alternative, gewaltfreie Konfliktlösungsmodelle, die die Logik traditioneller Konfliktlösung durchbrechen.

Die innerparteiliche und öffentliche Debatte wird weitestgehend von den InterventionistInnen und AntimilitaristInnen bestimmt. Es ist absehbar, daß in eher naher Zukunft die klassische grüne Position der unbedingten Gewaltfreiheit zumindest modifiziert werden wird.

Die Argumente gegen eine Intervention

Die Debatte pro und contra einer Intervention wird von vielen InterventionistInnen gern auf den Krieg in Ex-Jugoslawien begrenzt, frei nach dem Motto „einmal ist keinmal“. Die Konsequenzen einer Befürwortung militärischer Einsätze wären jedoch für die Grünen gravierend.

Ungewollt würden sie das gesellschaftliche Klima für eine Politik be-

fördern, die — wie von der jetzigen Bundesregierung angestrebt — auf eine Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik setzt. Eine glaubwürdige politische Alternative zur traditionellen Konfliktlösung durch Einsatz militärischer Gewalt wäre wohl kaum noch vermittelbar. Eine Abschaffung der Bundeswehr oder die Auflösung der NATO wäre aus grünen Wahlprogrammen zu streichen. Die Beendigung der Mitgliedschaft z.B. des Brandenburger Landesverbandes in der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär wäre unabwendbar. Der von den Grünen in ihren Konzepten bereits für soziale Zwecke umverteilte Verteidigungshaushalt müßte auch mit den Stimmen der Grünen beschlossen werden, dringend benötigte Gelder für Reformprojekte flößen in die Rüstung. Initiativen gegen Truppenübungsplätze und Tiefflüge könnten nicht mehr auf prinzipielle grüne Unterstützung zählen. Die Grünen liefern damit in der Tat Gefahr, ihr unverwechselbares Profil in der deutschen Parteienlandschaft zu verlieren.

Angesichts des Leids und der Tragödie in Ex-Jugoslawien mag diese Argumentation zynisch erscheinen, verspricht doch der Einsatz militärischer Mittel — nach Ansicht der InterventionistInnen — ein schnelles Ende von Massenmord, Vergewaltigung, Vertreibung und Zerstörung. Die realen Risiken einer Ausweitung des Konflikts werden dabei jedoch verdrängt ebenso wie die realen unterschiedlichen nationalen Interessen der äußeren Mächte, die an dem Konflikt beteiligt sind. (Wer soll Subjekt für ein verantwortbares Gewaltmonopol in einem friedenserzwingenden Bosnien werden? Die NATO? Und wenn ja, wie lange soll sie Ex-Jugoslawien besetzen?)

Die Entscheidung für eine nicht-militärische Konfliktlösung heißt nicht, dem „Gemetzel tatenlos zuzusehen“. Konkrete friedenspolitische Maßnahmen wie die strikte Durchsetzung eines totalen Waffenembargos gegenüber allen Kriegsparteien unter Einbeziehung der Anrainerstaaten (Ausgleichsfonds), ein absoluter Rüstungsstopp und die Kontrolle der deutschen Rüstungsindustrie sind nie ernsthaft durchgesetzt worden, ebenso wenig wie es je ein konsequentes Wirtschaftsembargo für alle kriegswichtigen Produkte (v.a. Energie) gegeben hat.

Neben diesen negativen Mechanismen (nicht-militärische Gewalt) müssen dringend positive Anreize für diejenigen geschaffen werden, die bereit sind, die kriegerische Auseinandersetzung zu beenden. Des weiteren muß es eine großzügige, unbeschränkte und unbürokratische Aufnahme von Flüchtlingen einschließlich Kriegsdienstverweigern und Deserteuren geben.

Schluß

Der Länderrat vom September '95 war die erste Runde der *partei-offiziellen* Debatte. Sie wurde, wie von allen Seiten bestätigt, ehrlich und respektvoll geführt; Positionen wurden hinterfragt, verteidigt und aufgegeben, ein Beschluß nicht gefaßt. Bis zum Strategiekongreß Ende September in Bonn müssen die jeweiligen Positionen weitergedacht, ausformuliert und breit diskutiert sein, denn er wird der Probelauf für die Bundesdelegiertenkonferenz Anfang Dezember in Bremen sein, auf der dann Aufschluß gegeben wird über die (neue) außen- und sicherheitspolitische Orientierung der Grünen.

Kerstin Duhme und Torsten Ehrke sind Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft *Frieden des Bündnis 90/Grüne-Landesverbands Brandenburg*.

Der Lack ist ab

Es grünt
So grün
Nicht mehr
Seit Grüne
Für das Reich
Wo wieder
Die Kanonen
Blühen
Bereit
Ins Feld
Zu ziehen
Bei Gott
Sie tun es
Bei Gott
Sie tun es

Es grünt
So grün
Nicht mehr
Seit Grüne
Glauben machen
Man könne
Mit Waffen
Frieden
Schaffen
Bei Gott
Sie tun es
Bei Gott
Sie tun es

Es grünt
So grün
Nicht mehr
Seit Grüne
Werben
Wir sollen
Für kleine Kriege
Sein
Und notfalls
Sterben
Bei Gott
Sie tun es
Bei Gott
Sie tun es

Es grünt
So grün
Nicht mehr
Seit Grüne
Für Vergeltung
Selbst
Durch Tornados
Glühen
Bei Gott
Sie tun es
Bei Gott
Sie tun es

Es grünt
So grün
Nicht mehr
Seit Grüne
Leise treten
Wenn alle Dörfer
Alle Städte
In der Krajina
Von Serben
Gesäubert
Und
Gebrandschatzt
Werden
Bei Gott
Sie tun es
Bei Gott
Sie tun es

Es grünt
So grün
Nicht mehr
Seit Grüne
Schweigen
Wenn MIGs
Aus deutschen Arsenalen
Für die Herrscher
Der Kroaten
Zum Tiefflug
Und
Zum Töten
Starten
Bei Gott
Sie tun es
Bei Gott
Sie tun es

Es grünt
So grün
Nicht mehr
Und alle Patina
Ist ab
Und nicht
Zu knapp
Seit Grüne
Auch Kreuzritter
Loben
Bei Gott
Sie tun es
Bei Gott
Sie tun es
Der Schluß
Nur über rot
Führt ein Weg
Hinaus
Und hoffentlich
Nach oben

Heinz Kamnitzer

Einladung zur Bundeskonferenz Bund Westdeutscher Kommunisten

Köln. Am 14. und 15. Oktober tagt in Köln die (Herbst-)Bundeskonferenz Bund Westdeutscher Kommunisten. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Entgegennahme eines Berichts über die Auseinandersetzung in der PDS betr. die „AGs BWK in und bei der PDS“, Referate und Diskussionen u. a. zu „Monopole/Hierarchie/Soziale Milieus“, Kurdischer Befreiungskampf und Kurdenverfolgung in der BRD, Europastrategien und Maastricht II, zur staatlichen Repression gegen die Meinungs- und Pressefreiheit, zur Rechtsentwicklung der Gesellschaft und den Aufgaben antifaschistischer Politik.

Die Konferenz ist öffentlich. Interessierte Gäste sind hiermit herzlich eingeladen. Die Konferenz beginnt am 14. Oktober um 13 Uhr im Jugendgästehaus, Köln Riehl, An der Schanz 14, und endet am 15. Oktober voraussichtlich gegen 13 Uhr.

Die Trägerorganisationen der Bundeskonferenz sowie Gäste werden gebeten, bis zum 30. September die Namen und Anschriften der Teilnehmenden sowie Essen- und Übernachtungswünsche an das Büro der Bundeskon-

ferenz BWK, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221-216442, zu melden, damit die Konferenzunterlagen rechtzeitig zugeschickt werden sollen. — (Für das Präsidium der Bundeskonferenz: chc, har)

TERMINE

30.9./1.10.: „Strategiekongreß“ von Bündnis 90/Grüne in Bonn

7.10.: Bundesweite Demonstration gegen die Wirtschaftsblockade gegen Cuba, Berlin, 14 Uhr, Adenauerplatz

14.10.: Der Arbeitskreis Politische Berichte tagt in Köln

22.10.: Wahlen zu Abgeordnetenhaus und Bezirksvertretungen in Berlin

29.10.-4.11.: Gewerkschaftstag der IG Metall in Berlin

2./4.11.: Bundesjugendkongreß von Bündnis 90/Die Grünen in Troisdorf

14./17.11.: SPD-Bundesparteitag in Mannheim

1./3.12.: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne, Bremen

Von ABM bis zukunfts-froh

Vorgestellt: Gute Karikaturen aus den „fünf neuen Ländern“

Bereits zum 4. Jahrestag des DDR-Anschlusses gab die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) unter dem obigen Titel ein „Karikaturen-Wörterbuch der Nachwende“ heraus. 22 ostdeutsche und 3 westdeutsche Karikaturisten beteiligten sich uneigennützig mit 670 Arbeiten an dem Buch. Entlang von mehr als 100 alphabetisch geordneten Stichwörtern werden die Erfahrungen von vier Jahren „Einheit“ verarbeitet — quasi ein „Weißbuch“ in Karikaturform.

„Dialog, Versöhnung, Gerechtigkeit finden nicht statt — wie auch? Das Beste von beiden Systemen haben zu wollen heißt hoffen, vom sozialistischen Huhn die eine Hälfte zum Kochen und die andere Hälfte zum Eierlegen zu wollen. Vom Kapitalismus vice versa. Mit dem Bonner Einigungsvertrag schluckten die Ossis den Schierlingsbecher ihrer Selbstentwürdigung. Das repariert auch kein Absatz 1 des Grundgesetzes. Die D-Mark wird's richten. Und sie richtete scharf ...

Der Osten Deutschlands kam als Industriegebiet unter Fallbeil. Arbeitslose sind Niete. Statt blühender Landschaften sieht man suchende Mienen. Treuhand veruntreut. Das Wissenschaftsgebiet wurde — lassen wir's bei — „abgewickelt“, das Kultur- und Mediengbiet verblödet. Die ungeübten Eigentümer im Sozialismus werden nachträglich zu bestenfalls straffrei ausgehenden Dieben erklärt, die natürlich Rückgabe zu leisten haben.

Der erschreckte Ossi erfährt, wozu Politiker imstande sind ... Der Staat zeigt in dieselbe Richtung wie der grüne Pfeil“. (Aus dem Nachwort der Herausgeber)

Daß der Wessi nicht jede Karikatur versteht bzw. verstehen kann, liegt auf der Hand. Die große Mehrheit beleuchtet jedoch nur vordergründig Ost-Themen. Die Karikaturen gehen unter die Haut, gerade weil sie uns betreffen.

— (har)
Von ABM bis ZUKUNFTSFROH. Das große Karikaturen-Wörterbuch der Nachwende, hrsg. von Horst Kolodziej und Wolfgang Richter (GBM), 1994, ISBN 3-930842-00-9, 328 Seiten, 29,90 DM.



„Ist nicht zu verfehlen:
Hinter der abgewickelten Fabrik weiter zur dichtgemachten Poliklinik, dem wegrationalisierten Postamt, dem pleitegegangenen Tante-Emma-Laden rechts weiter zur geschlossenen Kita ...“



„Wie schön, daß man jetzt überall hinfahren kann.“



Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemein-

schaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 21 16 58, Fax: 0221 / 21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 21 16 58, Fax: 0221 / 21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 694 92 57, Fax: 030 / 694 94 54.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 3 89 83 31.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 05 11 / 3 52 08 16.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 5 02 65 41, Fax: 089 / 5 02 81 12.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax und Dat.-Tel. 03 42 04 / 6 58 93.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 6 24 70 1, Fax: 62 15 32.

Politische Berichte

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

- ☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilagen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (45,50,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr)

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

☐ Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank) Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse